

## **Dossier „Eurokeynesianismus“**

Das verschreckte Gespenst des Eurokeynesianismus von Klaus Dräger	S. 1
Die engen Grenzen einer europäischen Beschäftigungspolitik von Beat Achermann	S. 5
Die EU verfügt über die nötigen Instrumente Interview von Simone Moser mit Serge Gaillard	S. 7
Was ist "Keynesianismus"? von Paul Ruppen	S. 9

## **Bilaterale Verträge; Festung Europa; EU-Militarismus**

Buchbesprechungen	S. 11
Les coûts de l'adhésion à l'UE de Paul Ruppen	p. 14
Warum NEIN zu den Bilateralen von Luzius Theiler	S. 16
Rassistische Sprengel auf unserem spanischen Gemüse von Beat Leuthardt	S. 19
Militarisierung der EU von Ulla Klötzer	S. 21



## edito

Nach dreimaliger vorrangiger Beschäftigung mit den Bilateralen Verträgen gibt es nun endlich wieder einmal eine "internationalere" Nummer. Seit Jahren geistert das Gespenst des Euro-Keynesianismus durch Europa. Gewerkschaftliche und sozialdemokratische Befürworter der EU-Integration weisen darauf hin, dass in den modernen vernetzten Volkswirtschaften eine wirksame Beschäftigungspolitik nicht mehr möglich sei, da entsprechende staatliche Impulsprogramme verpuffen. Die EU-Integration sei nötig, um auf höherer Ebene eine wirksame Beschäftigungspolitik zu betreiben. Das Konzept des Euro-Keynesianismus bleibt dabei jedoch immer irgendwie blutleer – wie das ganze konkret aussehen sollte, darüber

schweigt man sich im allgemeinen aus oder bleibt im Vagen stecken. Ein weiterer Punkt: Ende der 90er Jahre wurden Hoffnungen auf das unmittelbare Bestehen einer solchen Politik geweckt – standen neu doch sozialdemokratische Regierungen fast in allen EU-Ländern an den Schalthebeln der Macht. Nachdem sich allerdings erwies, dass die neuen Regierungen nicht willens waren, etwas für die Beschäftigung in der EU zu tun, änderte sich an der Pro-EU-Haltung nichts. Die EU-Begeisterung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Beitrittsbefürworter scheint irgendwie unabhängig von der Wirklichkeit in sich zu ruhen.

Paul Ruppen

### Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente .... dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 4 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organi-

siert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

## Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2000 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung.

Folgende Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag an die Redaktion senden:

- EM 4/1995 Dossier «Demokratie»
- EM 1/1996 Dossier «Frieden»
- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 4/1996 Dossier «Festung Europa»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/1997 Dossier «Europa der Demokratien»
- EM 1/1998 Dossier «UNO»
- EM 2/1998 Dossier «Amsterdamer Vertrag»
- EM 3/1998 Dossier «Junge zur EU»
- EM 4/1998 Dossier «Neutralität»
- EM 1/1999 Dossier «Entwicklungspolitik»
- EM 2/1999 Dossier «Bilaterale Verträge I»
- EM 3/1999 Dossier «Bilaterale Verträge II»
- EM 4/1999 Dossier «Bilaterale Verträge III»

Die meisten dieser Nummern sind auch auf unserer Homepage einzusehen (<http://europa.crossnet.ch/>)



Das Thema "Eurokeynesianismus" ist wieder an die schwachen sozialen Bewegungen in der EU zurückverwiesen.

## Das verschreckte Gespenst des Eurokeynesianismus

Nach dem Wahlsieg Gerhard Schröders in Deutschland 1998 keimte für einen kurzen Moment neue Hoffnung: eine gestärkte Mehrheit von Mitte-links-Regierungen in der EU könnte einen Politikwechsel für mehr Beschäftigung einleiten. Ein Positionspapier der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzminister verwies auf veränderte Rahmenbedingungen durch den Euro und forderte "Wirtschaftsreformen in der Währungsunion". Der deutsche Finanzminister Oskar Lafontaine propagierte eine neue internationale Finanzarchitektur, eine entspanntere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, höhere Löhne, eine Stärkung der Binnennachfrage sowie ein Ende des Steuerdumpings in der EU. Alternative Wirtschaftswissenschaftler hatten schon 1997 in einem Memorandum eine radikalere Politik für "Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit" gefordert. Lafontaine griff einige ihrer Argumente in moderater Form auf. Eine Rückkehr des "Keynesianismus" via EU schien greifbar nahe. Die Hoffnungen sind jedoch verfliegen.

von Klaus Dräger

### Das Dilemma des nationalstaatlichen Keynesianismus

Der "Keynesianismus" setzte stets auf eine gesamtwirtschaftliche Globalsteuerung im Rahmen einer weitgehend geschlossenen nationalen Volkswirtschaft. Die europäischen Nationalstaaten waren in den 80er Jahren allerdings recht offene Volkswirtschaften. Die Aussenwirtschaftsabhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten lag zwischen 20 und 40 Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Kleine und mittlere Volkswirtschaften mit hoher Außenwirtschaftsabhängigkeit konnten sich keine expansive Haushaltspolitik mehr leisten. Denn im Zweifelsfall förderten sie damit den Kauf importierter Waren und Dienstleistungen. Die erhöhte Nachfrage brachte im Inland kaum erhöhte Steuereinnahmen und keine zusätzliche Beschäftigung. Expansive Haushaltspolitik verstärkte unter diesen Bedingungen die Gefahr, daß die öffentliche Hand sich zunehmend in einer Schuldenfalle verstrickte. Die Bedingungen für keynesianische Politik, so schien es, waren nicht mehr gegeben.

### Eurokeynesianismus - Phönix aus der Asche?

Für die Europäische Union als Wirtschaftseinheit stellt sich die Lage anders dar. Die EU bildet einen Wirtschaftsraum, der mit rund 8 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts nur sehr gering vom Außenhandel abhängig ist. Das hat Folgen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Wechselkursschwankungen wirken sich geringer auf das "inländische" Preisniveau und das Bruttosozialprodukt in Euroland aus als bei den für die EU typischen mittleren und kleineren Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten. Die Frage der "globalen Wettbewerbsfähigkeit" stellt sich im wesentlichen für jene 10 % der Wirtschaft in Euroland, die auf den Export ausserhalb Europas ausgerichtet sind – also nur für einen relativ kleinen Teil der Gesamtwirtschaft. Für die wirtschaftliche Dynamik in der EU liegt damit die rational überlegene Strategie darin, die "Binnenwirtschaft" zu entwickeln und die Investitionstätigkeit regional ausgewogen zu fördern. Wenn auf der EU-Ebene angesetzt wird, ergibt sich damit ein beachtliches Potential für eine "eurokeynesianische" gesamtwirtschaftliche Politik.

Wenn alle Mitgliedstaaten der EU sich gemeinsam auf eine expansivere Haushaltspolitik verständigen könnten, müsste niemand in die Schuldenfalle laufen. Zusätzliche vom Staat erzeugte Nachfrage, die qualitativ die Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen Nützlichkeit erfüllt – z.B. durch nachhaltige öffentliche Zukunftsinvestitionen oder höhere Sozialausgaben im Dienste des dauerhaften sozialen Zusammenhalts – würde bis zu 90% durch Produkte und Dienstleistungen made in Euroland umgesetzt. Selbst höhere Löhne würden im Vergleich zu kleinen und mittleren Volkswirtschaften mit geringerer Wirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit durchschlagen. Die höhere Binnennachfrage hätte wiederum vermehrte Steuereinnahmen zur Folge, weil die Sickereffekte relativ gering ausfielen. So würde eine kluge Ausweitung öffentlicher Investitionen und die Stabilisierung der Binnennachfrage dazu führen, dass die Mitgliedstaaten mittelfristig ihre erhöhten Ausgaben über Steuermehreinnahmen refinanzieren können.

### Verdrängte europäische Debatten

Oskar Lafontaine argumentierte zusätzlich für eine entspanntere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank nach US-amerikanischem Muster. Die Notenbank der USA hatte damit zu Anfang der 90er Jahre dafür gesorgt, dass die Rezession von 1993 in einer "weichen Landung" mündete und der danach folgende Aufschwung umso kräftiger ausfiel. Die Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sahen in diesem "Durchatmen" der US-Wirtschaft auch die Hauptur-



sache für die Zunahme der Beschäftigung in den USA in diesem Zeitraum. Die Hoffnung lag in einer Kooperation zwischen der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten. Da die Europäische Zentralbank selbst für absehbare Zeit keine Inflationsgefahr für die EU diagnostizierte, könnte sie ähnlich wie die Notenbank der USA ihre Politik auf niedrigere Zinsen und einen Inflationskorridor von 3 bis 4 Prozent ausrichten. Eine Modellrechnung des WSI von 1994 hatte für die Bundesrepublik gezeigt, daß allein eine dauerhafte Lockerung der Geldpolitik der Bundesbank bis zu 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze ermöglicht hätte, ohne die Inflation unverträglich anzuheizen.

Die Diskussionen auf dem informellen EU-Ratstreffen im österreichischen Pörschach brachten 1998 erstmals neue Ideen für eine alternative wirtschaftspolitische Strategie in Europa. Eine europäische Initiative zur stärkeren Regulierung globaler Finanzmärkte und einem kooperativen Wechselkursregime würde der gewachsenen Verantwortung der EU für die Weltwirtschaft nach der Währungsunion gerecht.

Eine EU-weite Koordinierung der Steuerpolitiken wurde gefordert, die über den unlängst verabschiedeten Verhaltenskodex zu Steuerfragen hinausgehen müsse. Eine konzentrierte Aktion zur Einführung EU-weiter Umwelt- und Energiesteuern, einer Tobin-Tax<sup>1</sup> auf Devisentransaktionen, einer harmonisierten Quellensteuer auf Kapitalzinsen und zur Einführung eines Mindestsatzes für Körperschaftssteuern war in der Debatte. Steueroasen innerhalb der Mitgliedstaaten (z.B. Treuhandkonstruktionen, steuerbegünstigte Holdings wie die belgischen "Coordination Centers" etc.) und in ihren "Sonderterritorien" (z.B. niederländische Antillen, britische Cayman Islands, Kanalinseln etc.) könnten mittelfristig durch EU-Vereinbarungen und Vertragsänderungen trockengelegt werden.

Die italienische Regierung hatte vorgeschlagen, die durch die Europäische Währungsunion frei werdenden, von der EZB nicht benötigten Devisenreserven der Zentralbanken europaweit für den Beschäftigungsaufbau einzusetzen. Ein Potential von rund 90 Mrd. US-\$ könnte so einer aktiven Beschäftigungspolitik nach Verhandlungen mit den nationalen Zentralbanken zur Verfügung stehen. Die Überschußreserven müssten von den jeweiligen Zentralbanken in einen europäischen Fonds eingespeist und könnten nur schrittweise verausgabt werden, um eine Aufwertung des Euro zu vermeiden.

Die französische Regierung hatte ferner den Vorschlag des Delors-Weißbuchs von 1993 für ein Infrastrukturprogramm neu in die Debatte gebracht. Der alte Kommissionspräsident Jacques Delors hatte die Idee, einen Europäischen Investitionsfonds ins Leben zu rufen, um arbeitsplatzschaffende Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Der Europäische Investitionsfonds (EIF) kann außerhalb des Geltungsbereichs der Maastricht-Kriterien operieren. Über die Ausgabe von Unionsanleihen und anderen Finanzinstrumenten könnte er einen Teil der derzeitigen Überersparnis von 5 % im OECD-Raum in Investitionen umleiten. Um die ursprünglich vorgesehene Kreditkapazität des EIF von 60 Mrd. ECU zu erreichen, müsste sein Kapitalstock allerdings erweitert werden. Die Europäische

<sup>1</sup> eine Steuer auf kurzfristigen, internationalen Finanztransaktionen.

Investitionsbank (EIB) stellt im übrigen weitere ähnliche Kreditfazilitäten (= Kreditmöglichkeiten) bereit.

Neue Infrastrukturinvestitionen, so eine Überlegung der damaligen Finanzminister Lafontaine und Strauss-Kahn, sollten einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Die EU könnte mit ihren bisherigen und neu erschlossenen Mitteln vor allem dezentrale Netzwerke mit hoher Beschäftigungsintensität fördern: den Ausbau der Schiene im Regionalverkehr, Energieeinsparung und erneuerbare Energien, nicht-kommerzielle und öffentlich-rechtliche Angebote in Multimedia- und Informationsnetzwerken, Umweltschutz, Stadterneuerung, Bildung, Gesundheitswesen und Sozial- und Kulturwirtschaft. Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte Bedürfnisse befriedigen helfen, die bisher nicht oder nur unvollständig von privaten Märkten abgedeckt wurden. Somit könnten Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsaufbau und Umweltschutz Hand in Hand gehen. Professor Norman Birnbaum von der Georgetown University in Washington bilanzierte: "Lafontaine besaß eine ökonomische und soziale Vision für Europa, die es mit Kohls politischem Projekt aufnehmen konnte."<sup>2</sup>

### Fehlstart des Eurokeynesianismus

Die Vision blieb allerdings Vision – das Gespenst des "Eurokeynesianismus" entwich verschreckt in den Keller, je mehr die Debatte um den "Dritten Weg" in Europa an Fahrt gewann. Birnbaum analysiert die Gründe des Scheiterns: "Die Franzosen hielten sich auffällig zurück, die Briten zeigten höfliche Feindschaft, die Vereinigten Staaten offene Verachtung. Jetzt muss Frankreich dafür bezahlen; Paris wird es mit einem Großbritannien zu tun bekommen, das Jospins gouvernement économique ablehnt, und mit einem deutschen Kanzler, der dem nationalen Kapital verpflichtet ist. Eine Europäische Union, die den Vereinigten Staaten ökonomisch und politisch gleichberechtigt gegenüber treten könnte, wird angesichts fehlender ökonomischer und sozialer Institutionen für Europa ein ferner Traum bleiben."<sup>2</sup>

Der freudig erwartete "Politikwechsel" in der EU nahm nach Lafontaines Abgang eine andere Richtung: zum geplanten Ausbau der Militärmacht EU, zur Festung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, zur Fortsetzung der Sparpolitik, der Deregulierung des Europäischen Binnenmarkts und der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Die Europäische Sozialdemo-

<sup>2</sup> Norman Birnbaum: Europas Unterwerfung, in: Die Woche vom 26.3.1999



kratie und die von ihnen geführten Mitte-links-Regierungen konnten sich nicht auf ein neues gemeinsames Konzept "eurokeynesianischer" Wirtschaftspolitik verständigen. Frankreich und die Achse Berlin-London blockierten sich gegenseitig, so dass in der EU nur eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners möglich ist. Die "pragmatische Europapolitik" folgt in vielen Elementen allerdings eher der Strategie des "Dritten Weges" als einer "Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln" (Michael Felder). So ist das Thema "Eurokeynesianismus" wieder an die schwachen sozialen Bewegungen in der EU zurückverwiesen, ohne dass sie auf gewichtige Ansprech- und Bündnispartner in den Regierungen zählen könnten.

### Wachstum und Selbstbegrenzung - ein lösbarer Widerspruch?

Für den ökologischen Teil der Bewegungen stellt sich ohnehin die Frage, ob eine eurokeynesianische Strategie dauerhaft tragfähig sein könnte. Für einen Übergangszeitraum kann eine eurokeynesianische "Wachstumspolitik" ohne Zweifel auch umweltgerecht sein, sofern sie den Hauptakzent auf Arbeitszeitverkürzung legt und den ökologischen Strukturwandel fördert. Ob die ökologische Strategie der "Suffizienz" (Gut leben, statt viel haben) aber dauerhaft mit einer Wachstumspolitik vereinbar ist, darf bezweifelt werden.

Eine Verminderung des Rohstoff- und Energiedurchsatzes der Wirtschaft um den Faktor 10 – also um 90 Prozent – ist nach heutigem Erkenntnisstand durchaus möglich. Doch ob die technisch realisierbaren Einsparpotentiale darüber hinausgehen, erscheint fraglich. Dann würde allerdings ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 Prozent in wenigen

Jahren die ökologischen Fortschritte wieder in Frage stellen und die Wirtschaft von einem nachhaltigen Entwicklungspfad wegführen. Die schon seit den 80er Jahren anstehende Diskussion um die dauerhafte Vereinbarkeit von "Eurokeynesianismus" und "Suffizienz" muss ohne Scheuklappen von beiden Seiten geführt werden. Eine alternative wirtschaftspolitische Strategie wird nur Glaubwürdigkeit erlangen können, wenn sie dieses Dilemma lösen kann. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist diese Debatte ohnehin auf die noch schwachen Pflänzchen europäischer sozialer Bewegungen zurückverwiesen. ■

### Literatur

- Oskar Lafontaine: Das Herz schlägt links, München 1999
- Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft, Verlag Antje Kunstmann, 1999
- Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa: Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit – Für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa, Bremen 1997; in: Memo-Forum Nr. 25, Juli 1997
- Patrick Ziltener: Strukturwandel der europäischen Integration, Münster 1999
- Hermann Schwengel: Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft, Berlin 1999
- Frieder O. Wolf: Vollbeschäftigung neu bestimmen. Strategien für eine europäische Beschäftigungspolitik, Berlin 1999

## Kurzinfos Wirtschaft und Soziales

### Steuerpaket gescheitert

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich am Gipfel in Helsinki geeinigt, die Bemühungen um ihr umstrittenes Steuerpaket fortzusetzen. Dies um das Scheitern der Runde zu verdecken. Materiell ist das Paket gescheitert. Wirksame Massnahmen gegen die Steuerflucht innerhalb der EU wird es vorderhand nicht geben. Grossbritannien wehrt sich im Bereich der Kapitalerträge gegen jegliche Lösung, die im Urteil der Regierung Blair den Eurobondmarkt in der Londoner City gefährden könnte. Kompromisse kamen nicht zustande und zwar sowohl zur Variante Quellensteuer auf Zinserträgen als auch zur Möglichkeit der Information an den jeweiligen EU-Staat, wo der private Investor seinen Wohnsitz hat. NZZ. 11/12. 12. 99, S. 23.

### EU-Energie-Steuer

Die Energie-Steuer-Reform der EU kommt nicht voran. Nach ergebnislosen Diskussionen über eine EU-weite CO<sub>2</sub>/Energie-Steuer seit 1992 hatte die EU-Kommission 1997 einen neuen Richtlinienvorschlag (den "Monti-Vorschlag") vorgelegt, der eine Erweiterung schon bestehender, gültiger Minimumssteuersätze für Mineralöle aller Energiequellen – mit Ausnahme erneuerbarer – beinhaltet und eine Erhöhung aller minimalen Energiesteuersätze in drei Schritten (ursprünglich 1998/

2000/20002) vorsieht. Bisher ist der Vorschlag gescheitert, wenngleich mehrere Präsidentschaften versuchten, eine Einigung im Ministerrat zu erzielen. DNR-EU-Rundschreiben, 12/99.

### EU-Haushalt 2000

Das EU-Parlament hatte im Dezember den Haushaltentwurf 2000 in zweiter Lesung verabschiedet. In seiner endgültigen Form enthält der Haushalt laut Informationen aus Rat, Kommission und Parlament Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 93,28 Mrd. Euro, was gegenüber 1999 einer nominalen Senkung um 3.7% entspricht. Die Zahlungsermächtigungen, welche die tatsächlich möglichen Ausgaben angeben, belaufen sich auf 89.34 Mrd. Euro oder 1.11% des erwarteten Bruttoinlandproduktes. Im Vergleich zu 1999 kommt dies einer Erhöhung um rund 4.5% gleich. Die Zunahme ist zum einen auf die Erhöhung der Hilfen an die EU-Beitrittskandidaten von 1.3 Mrd. auf 3.1 Mrd. Euro zurückzuführen. Zum anderen geht es um gesprochene, aber noch nicht ausbezahle Strukturhilfen. Die wichtigsten Ausgabenposten sind wie immer die Landwirtschaft (40 Mrd. Euro) und die Strukturpolitik mit 32.7 Mrd. Euro. NZZ. 17. 12. 99, S. 23.



## Kurzinfos Wirtschaft und Soziales

### Ecuador kann EU mit Sanktionen belegen

Die WTO räumt Ecuador das Recht zu Sanktionen gegen die EU in einem Volumen von bis zu 201.6 Mio.\$ jährlich ein. Grund für die Sanktionen ist die Bananenimport-Politik der EU, die ehemalige Kolonien in der Karibik und Afrika begünstigt. Die Sanktionen können der EU im Warenausschuss, bei Dienstleistungen und bei geistigen Eigentumsrechten auferlegt werden. NZZ. 18./19. März 00, S. 21

### Wüstenbildung

Die Verödung und Versteppung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in den trockenen und halbtrockenen Gebieten des Globus nimmt zu. Insgesamt sind ca. 30% aller Landflächen betroffen, in denen gut eine Milliarde Menschen leben. Jährlich gehen bis zu 10 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Bodenverschlechterung verloren. Die durch die Wüstenbildung verursachten Verluste werden laut UN-Umweltbehörde (UNEP) auf 42 Milliarden US Dollar pro Jahr geschätzt.

### Binnenmarkt-Vertragsverletzungsverfahren

Die EU-Kommission hat Anfangs Januar in rund 20 Entscheidungen gegen eine ganze Reihe von Staaten Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen die Binnenmarktregeln eingeleitet oder in bereits laufenden, derartige Verfahren den nächsten Schritt ergriffen. Österreich hat ein mit Gründen versehene Stellungnahme erhalten, die Paralleleinfuhren von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Verwaltungsvorschriften für Verkehrsschilder betreffen. Stellungnahmen erhalten Italien wegen der Behinderung des Handels mit unverarbeitetem Gold und Frankreich im Zusammenhang mit dem Parallelimport von Medikamenten. Weiter Fälle richten sich gegen Spanien, Portugal, Frankreich, die Niederlande und Irland, weil diese Staaten die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und Ausbildungen von Ärzten, Krankenschwestern, Zahnärzten oder Spitalverwaltern nicht ausreichend respektieren. Fünf Staaten werden wegen der ungenügenden Umsetzung der Datenschutzrichtlinie verklagt. NZZ. 12.1.00, S.21.

### Spanisches Beschäftigungswunder

Spanien leidet nach wie vor an der höchsten Arbeitslosigkeit in der EU. Von 1996 bis 1999 ist die Arbeitslosigkeit allerdings von 22% auf 15% (2.5 Mio. Arbeitslose) gesunken. Die Senkung der Arbeitslosigkeit gelang auf Grund eines Wachstums von 3% pro Jahr (in den letzten drei Jahren), geringerem Bevölkerungswachstum, vorzeitigen Pensionierungen und einer 1999 geänderten statistischen Erhebungsmethode. Wer das 52. Altersjahr erreicht, wird in Grosskonzernen in der Regel frühpensioniert. Das Unternehmen profitiert wegen tieferen Lohnzahlungen an Junge, der Staat und die Sozialversicherung bezahlen demgegenüber die Zeche. Nur noch ein Fünftel der 65jährigen arbeiten zum Zeitpunkt der Pensionierung aktiv. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 44% für die 16- bis 19jährigen und mit 32% für die 20- bis 25jährigen extrem hoch. Die Firmen wollen zwar junge, billigere Arbeitskräfte,

verlangen aber schon berufliche Erfahrung, die sie ihnen mangels eines Lehrlingssystems selbst nicht zu geben bereit sind. Die Schulabgänger suchen deshalb oft während Jahren Praktikumsstellen. Begüterte Eltern bezahlen dafür den Arbeitgeber. Seit Mitte der achtziger Jahre wurde der Zugang der Frauen zur Berufsarbeit gefördert. Dabei haben die spanischen Frauen eine Doppelrolle (berufstätige Hausfrau) akzeptieren müssen. Es fehlt an Kinderhütendiensten und Schulkantinen. Die Arbeitslosigkeit ist unter Frauen mit 23% mehr als doppelt so hoch wie unter Männern. Eine Drittel aller Arbeitsverträge sind auf wenige Wochen befristet, obwohl von Gesetzes wegen der unbefristete Vertrag der Normalfall sein sollte (in der Schweiz besitzen 96% aller Arbeitnehmer einen unbefristeten Arbeitsvertrag). 90% aller neuen Verträge von 1998 waren in Spanien befristet, um den spanischen Kündigungsschutz zu umgehen. Die nur kleine Arbeitslosenunterstützung wird während maximal zweier Jahre bezahlt und nach Angaben der Gewerkschaften soll sie nur knapp der Hälfte aller Arbeitslosen zugute kommen. Die Schattenwirtschaft, nach Schätzungen der EU werden in ihr zwischen 10% und 23% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet (in Deutschland 4 bis 14%) spielt eine wichtige Rolle. Der spanische Durchschnittslohn liegt bei 2200 Franken (gesetzlicher Mindestlohn 690 Franken). NZZ. 12.1.00, S. 69.

### Rückständige EU-Regionen

In den zehn ärmsten Regionen der EU ist innerhalb von zehn Jahren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung von 41% des EU-Durchschnitts auf 50% gewachsen. In den vier durch den Kohäsionsfonds unterstützten Ländern Irland, Portugal, Spanien und Griechenland stieg das BIP pro Kopf der Bevölkerung von 65% auf 76.5% an. Zu diesen Ergebnissen kommt der sechste periodische Bericht der EU-Kommission für den Zeitraum von 1986 bis 1996. Die EU-Hilfe für die betroffenen Länder beträgt 3.2% des BIP für Portugal, 2.1% für Griechenland, und 1.1% für Spanien und Irland. Die Annäherung der durchschnittlichen Lebensverhältnisse hat sich allerdings auf den Arbeitsmärkten nicht ausgewirkt. Die Unterschiede im Beschäftigungssektor haben sich sogar verschärft: trotz konjunkturellem Aufschwung seit 1994 ist die Arbeitslosenquote in den 25 schwächsten Regionen um vier Punkte auf 24% gestiegen, während sie in den 25 stärksten Regionen bei nur 3.6% liegt. NZZ, 20.1.00, S. 19

### Dänische Volksabstimmung über Euro-Beitritt

Dänemarks Bevölkerung soll am 28. September 00 in einer Volksabstimmung über den Beitritt des Landes zum Euro entscheiden. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Rasmussen sagte: "In der Regierung gibt es nicht den geringsten Zweifel, dass die Einführung des Euro das Beste für Dänemark ist". Das gelte vor allem für den Einfluss des Landes auf die Entwicklung in Europa und die Dauerhaftigkeit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im eigenen Land (NZZ. 10.3.00, S. 23).



Entgegen allen Erkenntnissen wissenschaftlicher Studien fühlt sich die EU-Zentralbank nicht verantwortlich für die momentane Beschäftigungslage.

## Die engen Grenzen einer europäischen Beschäftigungspolitik

**Die Beschäftigungslage in der EU ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen unbefriedigend. Eine Verbesserung dieser Situation müsste durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik an die Hand genommen werden, die das Phänomen sowohl auf der Ebene der gesamten EU als auch auf regionalem Niveau anpackt. Die Chancen, die Arbeitslosigkeit auf EU-Ebene zu reduzieren, stehen jedoch nicht besonders günstig. Einerseits können politische Defizite dafür verantwortlich gemacht werden, andererseits stehen selbst auferlegte Hindernisse im Weg. Beschäftigungsimpulse können dementsprechend nicht von wirtschaftspolitischer Seite erwartet werden, sondern müssen anderweitig erfolgen.**

Von Beat Achermann

Wenn man den wirtschaftlichen Entwicklungsstand auf globaler Ebene betrachtet, so zeigen sich grosse Entwicklungsunterschiede. Die heute ökonomisch führenden Staaten werden als Triade bezeichnet, worunter die Wirtschaftskerngebiete Nordamerika, Westeuropa und Ostasien zu verstehen sind. Die übrigen Gebiete der Welt weisen gegenüber der Triade einen mehr oder weniger ausgeprägten Entwicklungsrückstand auf, der sich insgesamt in den vergangenen Jahren akzentuiert hat. Die ökonomische Entwicklungstheorie beschäftigt sich zur Hauptsache mit der Erforschung und der Behebung dieser wirtschaftlichen Rückständigkeit.

Neben diesem globalen Wirtschaftsgefälle, das sich in unterschiedlichen Pro-Kopf-Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten ausdrückt, kann dieses Phänomen auch in kleinräumigeren Dimensionen angetroffen werden. Markante Entwicklungsdifferenzen lassen sich ebenfalls für einzelne Regionen (z.B. EU) oder Staaten nachweisen.

Um das wirtschaftliche Gefälle auf nationaler Ebene zu bekämpfen, haben sich in der Regel finanzpolitische Massnahmen etabliert, welche hauptsächlich auf einen Einkommens-transfer abzielen. Dadurch soll vermieden werden, dass Menschen aus Randregionen Beschäftigung und Einkommen in den Wirtschaftszentren suchen müssen und sich die Peripherien damit entvölkern. Am Beispiel der Schweiz zeigt sich, dass verschiedenste Massnahmen diesem Zweck dienen, etwa der Finanzausgleich, einzelne Massnahmen in der Landwirtschaftspolitik, die Förderung von Bergregionen oder die Wirtschaftsförderung verschiedener Kantone.

Auf internationaler Ebene sind keine derartigen Instrumente entwickelt worden. Eine Ausnahme bildet die Entwicklungshilfe, die den ärmsten Ländern unter die Arme greifen soll. Lange Zeit waren deshalb flexible Wechselkurse allein dafür besorgt, Entwicklungsgefälle zwischen Ländern auszugleichen. Länder, welche international an Konkurrenzfähigkeit verlieren, werden eine Abwertung ihrer Währung erfahren, so dass weniger ausländische Produkte importiert werden können. Die einheimischen Güter werden andererseits international günstiger, so dass der Absatz vermehrt werden kann.

\* Assistent an der Universität Freiburg (Volkswirtschaft), Gemeinderat von Brünisried (FR)

Umgekehrt werden die erfolgreichen Länder mit einer Aufwertung ihrer Währung konfrontiert, was ihre Exporte senkt und die Importe stimuliert.

Fällt nun die Korrekturmassnahme flexibler Wechselkurse wie im Falle der EU weg, so müssen andere Ausgleichsmechanismen an ihre Stelle treten. Die Wissenschaft ist sich bereits seit langem darüber einig, dass eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer Währungsunion, wie dies die EU ist, darin besteht, dass die Arbeitskräfte ausreichend mobil sind, d.h. dass diese aus den sich langsamer entwickelnden Regionen der Währungsunion in die hochentwickelten Gebiete abwandern. Für die EU zeigen Studien, dass diese Wanderungsbewegungen äusserst bescheiden sind, was wohl auf grosse kulturelle und sprachliche Barrieren zurückgeführt werden kann. Aus diesem Grund müssen Begleitmassnahmen dafür sorgen, dass die Entwicklung der einzelnen Regionen nicht allzu stark divergieren. Hauptsächlich muss dabei an Finanztransfers aus den Industriezentren an die peripheren Regionen gedacht werden. In dieser Beziehung steckt die EU-Politik noch in den Kinderschuhen, wobei einige derartige Instrumente bereits existieren (verschiedene Strukturfonds wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung oder der Kohäsionsfonds, gewisse Bereiche der Landwirtschaftspolitik). Zukünftige Spannungen innerhalb der EU im Bereich von Finanztransfers sind bereits vorprogrammiert, denkt man etwa an die Osterweiterung. Gegenwärtige Nettoempfänger-Länder müssten sich möglicherweise daran gewöhnen, zu Gunsten der osteuropäischen Mitglieder auf ihre Einnahmen zu verzichten und sich sogar an Transfers zu beteiligen.



Die regionale Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten ist ein Aspekt der Beschäftigungsproblematik, der andere besteht in der Betrachtung von Produktion und Beschäftigung auf der gesamten EU-Ebene. Mobilität macht für einen Arbeitnehmer nämlich wenig Sinn, wenn er von einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit auswandern kann, die sich bietenden Alternativen aber aus anderen Regionen bestehen, wo ebenfalls ein tiefer Beschäftigungsgrad herrscht.

Aus diesem Grund muss auf der Ebene der gesamten EU eine Politik verfolgt werden, die auf eine Erhöhung der Beschäftigung abzielt. Die sich dafür bietenden Möglichkeiten bestehen einerseits in der Finanzpolitik der Mitgliedsländer und andererseits in der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Auf die Finanzpolitik kann jedoch nicht gezählt werden, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Maastricht-Kriterien beschränken die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Mitgliedsländer. Beschäftigungsprogramme können nur insoweit realisiert werden, als die damit verbundenen Mehrausgaben die Neuverschuldung oder die nationale Gesamtschuld nicht die verankerten Werte übersteigen lassen. Die damit festgeschriebene Budgetdisziplin setzt für die meisten Mitglieder damit enge wirtschaftspolitische Spielräume.
- Mit dem Antritt von sozialdemokratischen Regierungen in wichtigen Mitgliedsstaaten wie Deutschland, England und Frankreich wurde die Hoffnung auf eine aktive Beschäftigungspolitik auf Basis keynesianischer Wirtschaftskonzepte geweckt. Diese Hoffnung ist allerdings nur von kurzer Dauer gewesen. Wie es sich im Fall von Deutschland und England bereits im Wahlkampf angedeutet hat, haben die sozialdemokratischen Sieger in diesen beiden Ländern die wirtschaftlichen Konzepte ihrer konservativen Widersacher übernommen und zu den ihrigen gemacht. Das kürzlich erschienene Blair-Schröder-Papier, welches die wirtschaftspolitischen Leitplanken der "Neuen Mitte" festlegt, bestätigt dies eindrücklich.

Neben der Finanzpolitik kann theoretisch auch die Geldpolitik zur Verbesserung der Beschäftigungslage dienen. Der seit kurzer Zeit dafür verantwortlichen Europäischen Zentralbank (EZB) stehen die entsprechenden Instrumente zur Verfügung. Durch eine Senkung des europäischen Zinsniveaus könnten

die Investitionen stimuliert und die Beschäftigung angekurbelt werden. Es darf jedoch stark bezweifelt werden, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das primäre Ziel der EZB ist:

- Entgegen allen Erkenntnissen wissenschaftlicher Studien fühlt sich die EZB nicht verantwortlich für die momentane Beschäftigungslage. Die Arbeitslosigkeit ist gemäss EZB-Präsident Wim Duisenberg keine Folge einer restriktiven Geldpolitik im EU-Raum. Vielmehr sieht er die Gründe in verstaubten, rigiden Regulierungen des Arbeitsmarkts, welche zu beseitigen sind.
- Das Ziel der EZB als Hüter des Euro besteht hauptsächlich in der Schaffung einer vertrauensstiftenden Währung, die in zunehmendem Masse in Konkurrenz zum amerikanischen Dollar als Verrechnungs- und Reservewährung treten soll. Um dieses Vertrauen zu schaffen, bedarf es einer restriktiven Geldpolitik, die dafür sorgt, dass der Wert des Euro gegenüber dem Dollar konstant bleibt oder sogar steigt und für eine tiefe Inflationsrate im EU-Raum – Zielwert unter 2% – sorgt. Die gegenwärtige Wechselkurschwäche des Euro gegenüber dem Dollar deutet darauf hin, dass die Geldpolitik der EZB eine Straffung erfahren wird. Dies umso mehr, als die steigenden Zinsen in den USA die EZB zum Nachziehen zwingen werden. Für die Beschäftigung im EU-Raum stellt dies genau das falsche Rezept dar.

Das Fazit ist, dass weder von finanz- noch von geldpolitischer Seite Impulse für die Beschäftigung zu erwarten sind. Vielmehr muss mit einer gegenteiligen Wirkung gerechnet werden.

Die Arbeitslosen müssen deshalb darauf hoffen, dass sich auch ohne eine aktive Wirtschaftspolitik ein konjunktureller Aufschwung einstellt. Dieser Fall könnte eintreten, wenn sich den Unternehmungen trotz vergleichsweise hohem Zinsniveau lukrative Investitionsmöglichkeiten bieten würden. Die wichtigste Voraussetzung dafür wäre jedoch, dass die Konsumgüternachfrage aufgrund einer verbesserten Konsumentenstimmung steigen würde. Die erhöhte Produktion würde über eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitsmarktsituation direkt entspannen; ausserdem würden durch erhöhte Steuereinnahmen zusätzliche Spielräume geschaffen, um durch aktive Arbeitsmarktmassnahmen die Probleme der strukturellen Arbeitslosigkeit anzugehen. ■

## Kurzinfos

### Arbeitslosigkeit in der EU

Die Arbeitslosigkeit in der EU beträgt weiterhin 10% (15 Mio. Erwerbslose) (NZZ, 11./12. März 2000, S. 23). Der wortreiche EU-Sondergipfel von 1997 in Luxemburg (und schon drei Jahre zuvor in Essen) zum Thema Arbeitslosigkeit haben entsprechend nichts gebracht: es ging darum, die Gemüter zu beschwichtigen und so zu tun, als wolle man Probleme lösen – fruchtloser Aktivismus, wie wir ihn von der Umweltproblematik her auch kennen. Die EU weiss, dass sie ohne den aberwitzigen Glauben der Umwelt- und Sozialbewegungen in das angebliche Problemlösungspotential der EU ein massives Legitimationsproblem hätte. Entsprechend wird denn auch in Geschäftigkeit investiert, um bei diesem Zielpublikum den

Eindruck von Fortschritt zu erwecken. Faktisch passiert dann nichts, geht es der EU ja darum, die Interessen der Multis durchzusetzen. Auch dieses Jahr wird eine weiterer wortreicher Beschäftigungsgipfel unter portugiesischer EU-Präsidentschaft in Lissabon abgehalten (Ende März 2000).

### Zitat des Jahre 1999

Jean-Claude Juncker: "Wir (die Regierungschefs der EU) beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt." Der Spiegel, 52/1999, S. 136



Keynesianismus auf europäischer Ebene?

## Die EU verfügt über die nötigen Instrumente

**Eine keynesianistische Politik würde helfen, die Arbeitslosigkeit in der EU deutlich zu senken. So die Überzeugung des SGB-Ökonomen Serge Gaillard (SG). Nur: kann auf europäischer Ebene funktionieren, was in der Schweiz positive Wirkung zeitigte? Simone Moser fragte nach.**

Interview von Simone Moser mit Serge Gaillard\*

**SM** In einem Artikel der Roten Revue behauptest Du, keynesianische Rezepte zur Steuerung der Nachfrage könnten helfen, die europäische Arbeitslosigkeit zu senken...

**SG** Die Geld- und Finanzpolitik sind die mächtigsten wirtschaftspolitischen Instrumente zur Beeinflussung des Wirtschaftswachstum und damit der Beschäftigungsentwicklung. Dies zeigt nicht zuletzt auch die Erfahrung in der Schweiz. Viel zu hohe Zinsen 1991/92, ein zu hoher Wechselkurs 1994 bis 1996 und eine extreme Politik der Defizitreduktion 1994/95 haben die längste Krise der Nachkriegszeit verursacht. Die Wende 1996 hin zu tieferen Zinsen, zu einer Geldpolitik, welche den Franken zunächst abschwächte und dann jede Aufwertung verhinderte, sowie das Investitionsprogramm haben massgeblich dazu beigetragen, dass die schweizerische Wirtschaft wieder zu mehr Wachstum zurückgefunden hat. Das gleiche gilt für andere europäische Länder.

**SM** Die Wirtschaftsstrukturen sind in allen europäischen Staaten unterschiedlich. Keynesianische Politik heisst, dass die Wirtschaftspolitik den unterschiedlichen Strukturen anzupassen ist. Kann eine keynesianische Politik auf europäischer Ebene funktionieren?

**SG** Die wichtigsten Instrumente der keynesianischen Politik sind die Geld- und Finanzpolitik. Mit der Schaffung der Währungsunion gibt es nur noch eine Geldpolitik für die Eurozone. Das bedeutet, dass eine keynesianische Politik nur noch für die ganze Eurozone durchgeführt werden kann. Aber auch die Finanzpolitik sollte koordiniert werden. Ein Land, das die Staatsausgaben ausweitet, um die Wirtschaft anzukurbeln, erhöht wegen der intensiven wirtschaftlichen Verflechtung in Europa auch die Nachfrage im Nachbarland. Das Nachbarland profitiert somit von den Defiziten des expansiven Landes. Deshalb ergeben ökonomische Simulationsrechnungen eine viel grössere Wirksamkeit für international abgestimmte Investitionsprogramme als für nationale.

Der Anteil des Aussenhandels der EU beträgt nicht viel mehr als 10%. Damit könnte die EU das Wirtschaftswachstum mit der Geld- und Finanzpolitik steuern, wie es nach dem zweiten Weltkrieg die Nationalstaaten konnten. Der "Globalisierungsbegriff", wie er in der Diskussion heute verwendet wird, ist in diesem Zusammenhang irreführend. Die EU hätte alle nötigen Instrumente in der Hand, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Natürlich erschweren die unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen eine solche Politik: Frankreich, Deutschland

\* Das Interview wurde gewerkschaftsintern vorgenommen. Simone Moser gehört nicht der Redaktion des Europa-Magazins an.

und Italien beispielsweise brauchen während mehreren Jahren ein kräftiges Wirtschaftswachstum von mehr als 3%, um die Arbeitslosigkeit nur um 4% zu senken, während Holland nach 6 Jahren Konjunkturaufschwung bereits Kapazitätsengpässe aufweist. Das verunmöglicht die Koordination jedoch nicht, macht sie jedoch etwas komplizierter. Insbesondere braucht es eine Koordination der EU-Geldpolitik mit der nationalen Finanz- und Lohnpolitik. Ein Beispiel: Tiefe Zinsen sollten ein starkes Wirtschaftswachstum ermöglichen. Hätte die europäische Zentralbank zum Ziel, die Arbeitslosigkeit im Euroraum um 4% zu senken und würde sie die gleichen geldpolitischen Regeln wie die US-Zentralbank verfolgen, wären die kurzfristigen Zinsen heute etwa bei 1.7% und nicht bei 3.3%. Die Wirtschaft in den Niederlanden würde bei solchen Zinsen eher zu stark wachsen. Es drohte eventuell eine inflationäre Ueberhitzung. Deshalb müsste die Fiskalpolitik restriktiv sein. Das würde bedeuten, dass die öffentlichen Haushalte in den Niederlanden Ueberschüsse zur Schuldentilgung oder Reservenbildung für die Sozialversicherungen verwenden sollten. Und in der Lohnpolitik müsste auf die Teuerungsgefahren Rücksicht genommen werden.

**SM** Von einer solchen Politik ist aber heute weit und breit nichts zu sehen?

**SG** In der Europäischen Union dominiert noch immer die Tendenz, die Arbeitsmarktprobleme auf irgendwelche, nie präzise beschriebene "Verkrustungen" auf den Arbeitsmärkten zurückzuführen. Ausgerechnet der Chefökonom der Europäischen Zentralbank, welche eine wichtige Verantwortung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hätte, verkündet ständig solche Theorien. Umgekehrt hat die französische Regierung



keynesianische Vorschläge vorgebracht. Auch in Schweden und Österreich gibt es Kräfte, welche solche Vorschläge unterstützen. Was fehlt, sind die Institutionen, die auf europäischer Ebene die konjunkturpolitische Verantwortung haben. Auf Betreiben der französischen Regierung hat sich immerhin ein "makroökonomischer Dialog" institutionalisiert. Bis jetzt hat man von diesem aber noch nicht viel Brauchbares gehört.

**SM** Die SP regiert in den meisten Ländern der EU – trotzdem wird keine keynesianische Politik betrieben. Ist das nicht ein Beweis, dass diese Politik überholt ist?

**SG** Aus verschiedenen Gründen haben Teile der europäischen Sozialdemokratie in den achtziger Jahren vom Keynesianismus Abschied genommen. Heute ist eine Gegenbewegung spürbar. Denn ohne keynesianische Politik wird es nicht möglich sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In Frankreich, den nordischen Ländern und Oesterreich, in den Gewerkschaften gibt es Kräfte, die sich für eine europäische Koordination der Wirtschaftspolitik einsetzen, Lafontaine setz-

te sich in Deutschland ebenfalls dafür ein. Vielfach wird Keynesianismus einseitig mit zusätzlichen Staatsausgaben gleichgesetzt. Das schreckt viele ab, nachdem in den letzten Jahren mühsam die Defizite abgetragen wurden, welche in der Krise bzw. in Deutschland mit der Wiedervereinigung zu Beginn der neunziger Jahren entstanden waren. Diese Befürchtungen sind jedoch zweifach falsch: Erstens spielt die Geldpolitik in einer keynesianischen Politik eine zentrale Rolle: Tiefer Zinsen entlasten die öffentlichen Haushalte doppelt: Durch tiefere Zinszahlungen und – Dank des stärkeren Wirtschaftswachstums – durch höhere Steuererträge. Aber auch international abgesprochene Investitionsprogramme würden den Haushalt wenig belasten. Ihre Wirkung wäre doppelt so gross wie in nationalen Alleingängen. Deshalb würden sie in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eine etwa doppelt so hohe Zunahme der Wirtschaftstätigkeit bewirken, als der Staat an zusätzlichen Mitteln ausgibt. Damit steigen die Steuereinnahmen, und die zusätzlichen Ausgaben würden zu mindestens zwei Drittens kompensiert. ■

## Kurzinfos

### Nato-Film zu rasch abgespielt

Die Nato hat bestätigt, dass zwei im Kosovo-Krieg gezeigte Videofilme den fatalen Angriff auf einen Personenzug falsch wiedergaben. Die Filme seien dreimal so schnell abgespielt worden als sie sollten, sagte ein Sprecher der Nato anfangs Januar 00. Er bestätigte damit einen Bericht der "Frankfurter Rundschau". Darin heisst es, die Nato habe mit den Filmen untermauern wollen, dass der Zug überraschend schnell auf der Brücke erschienen sei und der Angriff daher nicht mehr habe abgebrochen werden können. Der Sprecher erklärte den Vorfall mit einem "technischen Problem" bei der Überspielung des Bandes von einem System auf ein anderes. "Es war nicht die Absicht der Nato, jemanden zu täuschen". Beim Angriff vom 12. April 99 waren mindestens 14 Personen getötet worden. NZZ, 7. 1. 00, S. 7

### Klartext

Nachdem der EWR wohl endgültig aus den Traktanden gefallen ist, wird auch vermehrt Klartexte bezüglich dieses Kolonialvertrages geredet. Ein schönes Beispiel dafür aus der NZZ: "Mit Ausnahme der Schweiz haben alle EFTA-Staaten über den Vertrag zur Gründung des europäischen Wirtschaftsraums (EWR) am EU-Binnenmarkt angedockt. Dies ist mehr als eine Anlehnung an die EU, denn die Regeln des Binnenmarktes werden ausschliesslich von Brüssel diktiert" rg. NZZ. 8./9. 1. 00, S. 21.

### Skepsis gegenüber EU-Menschenrechts-Charta

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte Luzius Wildhaber äusserte Skepsis gegenüber einer EU-Charta der Menschenrechte. Ein konkurrierendes System, in dem sich die EU-Bürgerinnen und Bürger teilweise entweder an den EU-Gerichtshof in Luxemburg oder an den Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg wenden könnten, wäre unglücklich. Überschneidungen und Unklarheiten,

welche die nun geltenden Menschenrechtsstandards seien, wären die Folge, so dass dem europäischen Menschenrechtsschutz insgesamt nicht gedient wäre. Nach Ansicht von Wildhaber wäre es wünschenswerter, dass die EU dem bewährten System der Strassburger Konvention beiträgt. Dieses könne den Grundstock der europäischen Rechtsprechung zum Schutz der Menschenrechte bilden. NZZ. 22.1.00, S. 14

### Maschinenindustrie - Aufschwung

Im 4. Quartal 1999 schwingt die Maschinen- Elektro- und Metallindustrie auf: Im Vergleich zur Vorjahresperiode verzeichnete die Branche 12.3% mehr Aufträge. Die Exporte der MEM-Industrie konnten 1999 leicht um 3.2% auf knapp über 52 Mrd. CHF gesteigert werden. Der EU-Markt wuchs dabei nur um 1.7%. Gute Exportaussichten, ein günstiges Wechselkursumfeld und eine robuste Binnenkonjunktur lassen für das laufende Jahr auf ein kräftiges Wachstum bei den Auftragseingängen schliessen. Vor alle die Aufträge aus dem Inland zogen im letzten Quartal deutlich an (+ 28%), während die Bestellungen aus dem Ausland mit 7.5% etwas schwächer ausfielen (bei diesen Prozentzahlen muss beachtet werden, dass der Binnensektor gegenüber dem Aussenhandelssektor schwächer ist und somit gleiche Aufträge sich prozentual stärker in der Binnennachfrage ausdrücken). MEM-Medienmitteilung, 28.2.00.

### Österreichischer Europatriotismus

"Les Autrichiens sont des patriotes européens qui ont besoin de l'Union européenne. Et l'Union a besoin de l'Autriche". (Benita Ferrero-Waldner, ministre autrichienne de l'étranger, Le Temps 15 février 2000)



Keynesianismus – der Versuch der Marktwirtschaft Vollbeschäftigung beizubringen

## Was ist "Keynesianismus"?

**John Maynard Keynes, britischer Nationalökonom (1883-1946), veröffentlichte sein Hauptwerk "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (dt: Duncker & Humblot, Berlin) im Jahre 1936. Im Lichte der grossen Krise anfangs der 30er Jahre wollte Keynes den offensichtlichen Mängeln der klassischen ökonomischen Theorie (klassischer Liberalismus) auf den Grund gehen.**

von Paul Ruppen

Die klassische ökonomische Theorie ging davon aus, dass Arbeitslosigkeit denkunmöglich sei. Auf freien Märkten schafft das Angebot auch eine Nachfrage: die gesamte Einkommen wird kurzfristig oder langfristig dafür ausgegeben, um die produzierten Güter zu kaufen. Jede Produktion findet entsprechend eine Nachfrage und deshalb gibt es auch genug Arbeit für alle Arbeitswilligen. Die Wirklichkeit straft diese Theorie allerdings Lügen.

Keynes war der erste Ökonom, der die klassische Theorie wissenschaftlich fundiert widerlegen konnte. Seiner Ansicht nach war eine Volkswirtschaft nachfragebestimmt. Produziert wird nur, was nachgefragt wird. Dadurch werden das Einkommensniveau und die Beschäftigung bestimmt, wobei letztere nur in Ausnahmefällen der Vollbeschäftigung entspricht. Die theoretische Überlegung von Keynes sieht in ihren Grundzügen folgendermassen aus:

(1) Die dominante Grösse einer Volkswirtschaft ist die effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Sie bestimmt, wieviel produziert wird und wieviele Arbeitskräfte für diese Produktion benötigt werden. Die effektive Nachfrage umfasst zwei wichtige Komponenten: der private Konsum und die Investitionen des Unternehmensektors.

(2) Der private Konsum der Haushalte kann als ein sehr stabiler Nachfragebestandteil angesehen werden. Die Haushalte konsumieren – abgesehen von einem konstanten Grundkonsum zur Deckung der Existenzbedürfnisse – von jedem zusätzlich anfallenden Einkommen allerdings nur einen Teil. Je mehr ein Haushalt verdient, desto mehr konsumiert er. Der Anteil des Konsums an seinem Gesamteinkommen sinkt jedoch<sup>1</sup>. In einer Volkswirtschaft stellt sich dementsprechend das Problem, dass von den im Produktionsprozess erarbeiteten Einkommen der Haushalte ein bedeutender Teil gespart wird und dementsprechend nicht nachfragewirksam wird. Würde der private Konsum die einzige Nachfragekomponente sein, hätte man eine Situation der Überproduktion. Die Unternehmungen könnten nicht alle Güter absetzen und müssten ihre Produktionspläne nach unten korrigieren. Je wohlhabender Volkswirtschaften werden, desto grösser wird das Problem, da die durchschnittliche Sparquote (Anteil der Ersparnisse an den Einkommen) bei steigenden Einkommen eben-

falls steigt, ihr Pendant, die durchschnittliche Konsumquote jedoch sinkt.

(3) Deshalb kommt der zweiten Nachfragekomponente, den Investitionen grosse Bedeutung zu. Sie müssen ein genügend hohes Niveau erreichen, damit Vollbeschäftigung erzielt werden kann. Im Gegensatz zum Konsum ist das Investitionsvolumen jedoch sehr instabil. Es beruht auf Rentabilitätsüberlegungen der Unternehmer. Jeder Unternehmer muss bei einem Investitionsentscheid die künftigen Erträge des Projekts abzuschätzen versuchen und die in Zukunft anfallende Rentabilität beziffern. Wenn diese über dem herrschenden Zinsniveau liegt, wird der Unternehmer das Projekt realisieren. Wäre dem nicht so, dann wäre es für den Unternehmer vorteilhafter, die eigenen Mittel anderweitig anzulegen und die Investition nicht zu tätigen.

(4) Die Investitionen stellen in Bezug auf die Vollbeschäftigung ein Problem dar. In kurzer Frist müssten sie ein genügend hohes Niveau erreichen, damit die effektive Nachfrage alle Arbeitswilligen in den Produktionsprozess zieht. Die Ansichten über die Zukunft sind jedoch flatterhaft und höchst launisch. Psychologische Wellen von Optimismus und Pessimismus unter der Unternehmerschaft führen zu stark schwankender Investitionstätigkeit, so dass Vollbeschäftigung in den seltensten Fällen erzielt wird. Langfristig führen hohe Investitionstätigkeiten zu zusätzlichen Schwierigkeiten. Sie erhöhen die Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft. Um langfristig Vollbeschäftigung zu erreichen, muss die effektive Nachfrage mit den sich ständig ausdehnenden Produktionsmöglichkeiten Schritt halten. Dies wird bei wachsenden Volkswirtschaften immer schwieriger, da die sinkende durchschnittliche Konsumquote immer höhere Investitionen verlangt, um die "Nachfragerücke" zu schliessen.

(5) Für Keynes war deshalb klar, dass es einer Volkswirtschaft aus eigener, innerer Kraft nicht gelingen kann, das ständig wachsende Produktionspotential durch eine genügend hohe effektive Nachfrage auszunutzen und damit Vollbeschäftigung zu generieren. Wohlhabende Volkswirtschaften sind dementsprechend mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Dies stellt nicht etwa einen zufälligen Systemfehler dar sondern ist systemimmanent. Da die von klassischen und liberalen Ökonomen beschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes versa-

<sup>1</sup> Ein Beispiel: Der Haushalt A verdient im Jahr 2000 5'000 Franken. Er gibt 4'000 Franken pro Monat für Konsum aus und spart entsprechend 1'000. Im nächsten Jahr verdient er 6'000. Er gibt nun z.B. 4'500 Franken für Konsum aus und spart 1500.



gen, muss von staatlicher Seite interveniert werden.

Aus den Keyneschen Thesen, die hier etwas kurz dargestellt wurden, ergeben sich verschiedene wirtschaftspolitische Konsequenzen. (a) Möglichst kleine Einkommensunterschiede wirken sich positiv auf die effektive Nachfrage und damit die Beschäftigung aus, da tiefere Einkommen prozentual mehr für den Konsum ausgeben als hohe Einkommen. Bei hohen Einkommen geht ein grosser Teil des Einkommens in spekulative Kreisläufe. (b) Der Staat muss als Wirtschaftsaktor aktiv werden, sobald ein dauerhaftes Gleichgewicht unter dem Vollbeschäftigungsniveau entsteht. Durch Infrastrukturprojekte etwa kann der Staat die nötige wirksame Nachfrage schaffen. (c) Keynes sprach sich für eine möglichst starke Entflechtung der Volkswirtschaften aus. Dadurch werden einerseits die Unsicherheiten bezüglich künftiger Absatzchancen verringert. Zudem wird damit die wirtschaftspolitische Feinsteuerung erleichtert. (d) Keynes widmete sich ausführlich den währungspolitischen Rahmenbedingungen, die eine aktive Vollbeschäftigungspolitik erlauben sollten (siehe Europa-Magazin 2/96, Beat Achermann, Ansätze für beschäftigungsfreundliche Währungssysteme, Homepage: Dossier "Die sozialen Folgen der Währungsunion"). Besonders die Währungspolitik setzt damit ein internationales Regelwerk voraus, das wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum für die einzelnen Volkswirtschaften eröffnen soll.

Die EU-Integration bewirkte allgemein eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen, die eine keynesianische Wirtschaftspolitik erlauben würden (I) Durch die Deregulierung der Kapitalmärkte wurde der wirtschaftliche Handlungsspielraum der Staaten bereits in den 80er Jahren massiv eingeschränkt. Dabei soll allerdings nicht verhehlt werden, dass dieser Handlungsspielraum ohnehin und schon seit langem recht beschränkt war. Es fehlte immer schon ein entsprechendes internationales Vertragswerk, das eine dezentrale keynesianische Politik hätte einbetten können. (II) Durch die Währungsunion wird es verunmöglicht, währungspolitische Instrumente für die dezentrale Struktur- und Konjunkturpolitik einzusetzen. (III) Die Konvergenzkriterien und der Stabilitätspakt setzen eine monetaristische Politik durch, die das Hauptgewicht auf Geldstabilität setzt. Arbeitsplätze spielen eine völlig untergeordnete Rolle. (IV) Durch die Verschärfung der Konkurrenz fällt die effektive Nachfrage. Die Stärkung des internationalen Handels durch den Binnenmarkt verstärkt die Verflechtung der Volkswirtschaften (statt deren Entflechtung).

Der Ruf nach einer eurokeynesianischen Politik ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Der typische Standpunkt, der von manchen<sup>1</sup> Gewerkschaftern und Sozialdemokraten eingenommen wird, besteht darin, die bisherigen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und einige davon als unumkehrbar zu betrachten (Binnenmarkt, Verflechtungsgrad der westeuropäischen Realwirtschaft, Währungsunion). Einige Komponenten

<sup>1</sup> etliche Gewerkschafter und Sozialdemokraten interessieren sich kaum für den Eurokeynesianismus. Es geht ihnen vorrangig um die "europäische" Konkurrenzfähigkeit. Auf dem Hintergrund der erhöhten Konkurrenzfähigkeit versprechen sie sich einen grösseren Abschnitt vom Weltkuchen, den sie dann "sozial" aufteilen wollen – klassischer Euronationalismus "linker" Art.

(Stabilitätspakt und Konvergenzkriterien) werden demgegenüber als veränderbar angeschaut.

Gegen diese Position kann folgendes eingewendet werden: Sie greift einerseits zu kurz, da beim Vorliegen eines Binnenmarktes und einer Währungsunion bei so unterschiedlichen (west-)europäischen Wirtschaftsstrukturen und (auf Grund der sprachlichen Unterschiede) "unflexiblen" Arbeitsmärkte, eine einheitliche zentrale Struktur- und Konjunkturpolitik schlichtweg keinen Sinn macht. Ausgleichszahlungen müssten eine so wichtige Rolle spielen, dass sie politisch kaum durchsetzbar sind. Zudem ist eine eigenständige währungspolitisch abgefederte Anpassung an Struktur- und Konkunkturkrisen ökonomisch sinnvoller als das Verschieben von Riesengeldern – die dadurch entstehenden Korruptionsmöglichkeiten und Abhängigkeitsverhältnisse müssen als wirtschaftlich und demokratiepolitisch äusserst schädlich betrachtet werden. Eine solche Euro-Keynesianische Politik mag zwar (kurzfristig) besser sein als die augenblickliche monetaristische Arbeitsplatzvernichtungsmaschine. Eine wirkliche Alternative stellt sie jedoch nicht dar.

Andererseits muss bemerkt werden, dass die Perspektive eines derartigen Eurokeynesianismus politisch – wenigstens kurzfristig – völlig unrealistisch ist (wie Keynes bemerkte: "Langfristig sind wir alle tot"). Wesentliche Bestimmungen der Währungsunion können nur einstimmig verändert werden. Die Wahrscheinlichkeit, diesbezügliche Einstimmigkeit herbeiführen zu können, ist sehr klein. Wie die augenblickliche Erfahrung zeigt, genügt es ja nicht, in den meisten EU-Staaten sozialdemokratische Regierungen an der Spitze zu haben. Wenn die Sozialdemokraten an der Macht sind, gebärden sie sich gewöhnlich äusserst neoliberal.

Nehmen wir mal an, die Wahrscheinlichkeit, dass in einem EU-Land die Sozialdemokratie die Regierung stellt betrage 0.5 und die (unwahrscheinliche) Wahrscheinlichkeit, dass diese sozialdemokratische Regierung nicht neoliberal sei, betrage ebenfalls 0.5. Die Wahrscheinlichkeit, in einem EU-Land eine nicht neoliberale sozialdemokratische Regierung anzutreffen, beträgt dann 0.25. Die Wahrscheinlichkeit, in allen EU-Staaten zur selben Zeit nicht-neoliberale sozialdemokratische Regierungen vorzufinden beträgt somit  $0.25^{15} = 0.0000305$ . Bis diese Variante eintritt, sind wir mit hoher Wahrscheinlichkeit wirklich alle tot. Die von manchen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten skizzierte, im allgemeinen recht vage bleibende Alternative des Euro-Keynesianismus, ist deshalb wohl vor allem als Ideologie zu betrachten. Sie spiegelt Fata Morganas vor, wo in Wirklichkeit nur die monetaristische Wüste sengen wird.

Keynes bleibt trotzdem aktuell. Komplexe Gesellschaften können ohne Markt kaum organisiert werden. Märkte führen aber nicht von sich aus auf Vollbeschäftigungsgleichgewichte auf Arbeitsmärkten. Die Schriften Keynes sind allerdings eher als Inspirationsquelle denn als Bibel zu behandeln. Ewiges Wachstum ist kaum möglich. Wir müssten die Einsichten Keynes so verfeinern, dass sie uns helfen, Vollbeschäftigung, Arbeitszeitreduktion, den Einbezug der "Dritten Welt" und weltweit umwelt-verträgliches Wirtschaften zu erreichen. ■



## Buchbesprechungen



### Euorpe Inc.

Das Buch nimmt eine detaillierte und empirisch abgestützte Untersuchung des Einflusses der Multinationalen auf die Entwicklung und den Gesetzgebungsprozess der EU dar. Die Autoren haben schon ein Heft zum Thema publiziert (*Europe, Inc, Dangerous Liaisons between EU Institutions and Industry*, 1997, siehe Besprechung auf unserer Home-Page), das allerdings schnell vergriffen war. Die Autoren begründen ihr Interesse wie folgt: als sie sich anfangs 90er Jahre für internationale Solidarität und Umweltprobleme engagierten, stiessen sie auf den Einfluss der Multis: "Der schockierende Plan von 1991 für 12'000 Kilometer neue Autobahnen, Teil der megalomanischen und nicht nachhaltigen Trans-Europopäischen Netzwerke (TEN), war durch den European Roundtable of Industrialists (ERT), einen Club von ca. 45 Industriekapitänen der grössten europäischen Multis, auf die politische Agenda gesetzt worden. Die vertiefte Forschung zeigte dann die weit grösseren Ambitionen des ERT in Bezug auf die Beschleunigung der Europäischen Integration und die gleichzeitige, grundlegende Umgestaltung der europäischen Gesellschaften im Interesse der Industrie" (S. XI). Die Autoren waren auch betroffen, dass der ERT seine einflussreiche Rolle spielen konnte, ohne dass die Medien darüber berichteten.

Die Vertreter des ERT haben ungehinderten Zugang zu Top-Politikern auf der EU-Ebene und auf nationaler Ebene. Dadurch können Sie gut orchestriert die Themen auf EU-Ebene bestimmen. In den 80er Jahren forderte der ERT den Binnenmarkt und erhielt ihn 1986 durch die Einheitsakte. Der damalige EG-Kommissionspräsident Jacques Delors gab den ständigen Druck des ERT zu: er sei "die treibende Kräfte hinter dem Binnenmarkt" gewesen. Der ERT forderte die Währungsunion. Diese wurde prompt in den Maastrichter Vertrag von 1991 aufgenommen.

In den 90er Jahren wurde dann die Realisierung der Währungsunion aktiv gegen alle Widerstände durchgedrückt. Ein Beispiel für die vielen aufschlussreichen Zitate im Buch: Keith Richardson vom ERT: "Wir schrieben allen Regierungschefs einen formellen Brief mit dem Inhalt 'Wenn Ihr Euch am Madrider Gipfel trifft, solltet Ihr gefälligst ein für alle Mal festhalten, dass die Währungsunion am durch den Maastrichter Vertrag festgelegten Tag mit den in Maastricht beschlossenen Kriterien startet'. Wir schrieben ihnen, wir forderten sie dazu auf. Und sie taten es." In den 90er Jahren kam zudem die Ost-Europa-Erweiterung auf die Traktandenliste des ERT. Von dieser versprechen sich die westeuropäischen Multis billige, gutausgebildete Arbeitskräfte, Investitionsmöglichkeiten und neue, bisher ungesättigte Absatzmärkte. Um die Feinarbeit an bereits lancierten Projekten zu leisten, formierte der ERT neue Clubs: den ECIS (European Centre for Infrastructure Studies) und den AMUE (Association for the Monetary Union of Europe).

Der ERT ist allerdings nicht die einzige Lobbygruppe der

Multis und der Grossindustrie in Brüssel. Während der ERT die strategische Ausrichtung der EU-Integration festlegt, beschäftigt sich der UNICE (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe) mit den Details der EU-Gesetzgebung. Bei den Beeinflussungsversuchen, finden die Vertreter des UNICE bei der EU-Kommission ein offenes Ohr. Der ehemalige Generalsekretär Zygmunt Tyszkiewicz dazu: "Wir sind in Kontakt. Es ist eine sehr offene Bürokratie, der Zugang zur Kommission ist leicht. Und sie fühlen, dass wir ihnen helfen können". Als Dachverband der nationalen Unternehmerverbände hat der UNICE es besonders leicht, die Entscheidungsprozesse der EU auf allen Ebenen zu beeinflussen.

Die AmCham Chimes ist die mächtige Lobby der US-amerikanischen Multis in Brüssel. Sie repräsentiert 350\$ Milliarden Investitionen in Westeuropa. Die AmCham arbeitet eng mit dem UNICE und dem ERT zusammen. Aktionen werden abgestimmt und Informationen ausgetauscht. Die AmCham importierte US-amerikanische Lobbymethoden und inspirierte damit wesentlich die Lobbykultur in Brüssel. Wie der UNICE und der ERT ist die AmCham stark engagiert für eine starke "Integration" Europas. Man zieht es vor, mit der EU-Kommission zu verhandeln statt mit 15 Regierungen.

Durch die saubere empirische Recherchierarbeit entzieht sich das Buch des möglichen Vorwurfs, Verschwörungstheorien aufzubauen. Zu hoffen ist, dass es bald ins Deutsche übersetzt wird.

*Belén Balanyá, Ann Doherty, Olivier Hoedemann, Adam Ma'anit, Erik Wesselius, Europe Inc, Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power, Plutopress, London, 2000.*



### Globalisierung und Widerstand

Der Widerspruch 38 widmet ein ganzes Heft der Globalisierungsdebatte. Christoph Scherrer zeichnet die Geschichte der liberalen Aussenwirtschaftspolitik in den USA nach. Diese verfolgte zu Beginn nicht nur ökonomischen Eigennutz und institutionellen Machterhalt. Nach dem 2. Weltkrieg wurde mit dieser Politik vor allem auch eine Eindämmung des sowjetischen Einflusses verfolgt (Bündnispolitik). Als die sowjetische Bedrohung für weniger gefährlich gehalten wurde, diente die weitere Liberalisierung der Aussenwirtschaftsbeziehungen zur Abwehr von Ansprüchen der Lohnabhängigen und anderer gesellschaftlicher Gruppen.

Die gesellschaftlich relevanten Kritiker der liberalen Aussenwirtschaftspolitik wie insbesondere die Gewerkschaften vermochten laut Scherrer nicht, einen plausiblen Gegenentwurf zu entwickeln. Dies hat einerseits strukturelle Gründe: Je fortgeschrittener der Internationalisierungsprozess sei, desto schwieriger werde es, Alternativen ohne hohe Anpassungs-



kosten anzubieten. Scherrer betrachtet die Prozesse der Internationalisierung als unumkehrbar. Je höher der internationale Verflechtungsgrad sei, desto höher die Anpassungskosten bei einer verstärkten Entflechtung der Wirtschaft (Entflechtung und Dezentralisierung nennt er denn auch abwertend "Abschottung nationaler Wirtschaftsräume"). Bei der Frage der Unumkehrbarkeit müsste man allerdings untersuchen, welche Rolle im "Globalisierungskomplex" die Finanzmärkte spielen. Eine Reform der Finanzmärkte würde wenig Anpassungskosten auslösen. Aber selbst Warenströme könnten politisch ohne allzu hohe Anpassungskosten beeinflusst werden: würde man z.B. die Transportkosten schrittweise erhöhen, so würde das zu einer Entflechtung und Regionalisierung der Wirtschaft führen. Wenn die Erhöhungsraten den Restrukturierungsraten der Wirtschaft angepasst würde, so ergäben sich sehr geringe Anpassungskosten. Mit angeblich allzu hohen Anpassungskosten ist also eine Unumkehrbarkeit der "Globalisierung" kaum zu begründen.

Joachim Bischoff betont, dass die Globalisierung als Verschärfung wirtschaftlicher Konkurrenz das Ergebnis politischer Entscheidungen ist und keinesfalls als natürlüchziger Prozess zu interpretieren ist. Er zitiert in diesem Zusammenhang Oscar Lafontaine: "Die in den achtziger Jahren durchgeführte Liberalisierung der weltweiten Kapitalmärkte war eine politische Entscheidung. Es ist wichtig das festzustellen, weil oft so getan wird, als sei diese Entscheidung gottgegeben" (1999). Bischoff weist auch auf die Schere von Realwirtschaft und Finanzströmen hin: nur mehr 3% der Kapitalströme dienen der Abwicklung des Warenverkehrs. Die restlichen 97% sind reine Finanztransfers: Kapital, auf der Suche nach kurz- und langfristigen Anlagemöglichkeiten.

Zwei Artikel des Heftes (François Chesnex, Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf) sind denn auch der Tobin tax gewidmet – einer internationalen Kapitalsteuer auf kurzfristigen internationalen Kapitalbewegungen. Nach Altvater/Mahnkopf würde die Tobin-Steuer auf eine Entschleunigung der Finanzmärkte hinwirken. Mit der Tobin-Steuer könnte eine Rücknahme der globalen Konkurrenz, die Stärkung regionaler Kreisläufe erreicht und die Standortkonkurrenz entschärft werden. Von der Tobintax könnte auch eine Senkung des Zinsniveaus erwartet werden, indem durch Dämpfen kurzfristiger Spekulationen Risiken geringer werden.

Brigitte Young untersucht in ihrem Artikel die Auswirkungen der Globalisierung auf die Beziehungen von sozialer Schichtung und Geschlecht. Sie konstatiert insbesondere eine wachsende Ungleichheit auch unter Frauen. "Globalisierung hat zu einer sozialen Trennung geführt zwischen denjenigen, die zu der territorial gebundenen 'Arbeitsgesellschaft' gehören und jenen, welche die entterritorialisierte 'Geldgesellschaft' bewohnen und mittragen". Es erfolgte eine Befreiung amerikanischer und europäischer Frauen von Hausarbeit auf Kosten einer anderen, schwächeren und marginalisierten Gruppe, die diese Arbeit nun erledigt. 43% aller amerikanischen berufstätigen Frauen beschäftigen Hausangestellte. In Westdeutschland wird die Zahl der in prekären Verhältnissen beschäftigten Hausangestellten auf 2.4 Millionen geschätzt.

Michael R. Krätke untersucht die Behauptung, der traditionelle Territorialstaat sei angesichts der Globalisierung ohnmächtig geworden: Er betrachtet die Botschaft vom Ende der Nationalstaaten und der Nationalökonomie im Zeitalter der Globalisierung als eine gewagte These. Die Macht der Nationalstaaten sei im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ununterbrochen gewachsen: der entscheidende Sprung nach vorn fand in den letzten fünfzig Jahren statt: heute sind Nationalstaaten nicht nur die weltweit dominante politische Form, sie sind in den OECD-Ländern als Wohlfahrts- und Interventionsstaaten weit stärker, weit kompetenter, weit handlungsfähiger als je zuvor. Ihre administrative und regulative Kapazität wie ihre "infrastrukturelle Macht", die das Alltagsleben von Millionen Menschen direkt vom Vorhandensein und Funktionieren einer Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen abhängig macht, übersteigt heute in den entwickelten Industrieländern alles, was davor bekannt war. In den OECD-Ländern werden heute (1998/99) im gewichteten Mittel fast 40% des BSP vom Staat in Form von öffentlichen Ausgaben verwendet, über 38% regelmässig in Form von Steuern und anderen Abgaben eingesammelt.

Aber auch auf dem internationalen Parkett spielen die Nationalstaaten die Rolle von Hauptakteuren: Auch wenn die grösstenteils schon bejahrten internationalen Organisationen sich seit ihren Anfängen ganz erheblich verändert haben, so gilt doch immer noch, dass sie nur dank und durch die Nationalstaaten handlungsfähig sind, die sie tragen, finanzieren, die ihnen Autorität übertragen und die sich ihrer Autorität unterwerfen – oder auch nicht. Krätke betont, dass Märkte, insbesondere Weltmärkte nicht vom Himmel fallen. Diese werden vielmehr gemacht. Dabei spielen heute die Multis die Rolle der treibenden Kraft, wobei sie ihre Wünsche in Zusammenarbeit mit den Regierungen in internationalen Gremien durchsetzen (WTO, EU, OECD). Die Multis können dabei auf die Regierungen und die Staaten nicht verzichten. Davon, dass die "Globalisierung" quasi als Naturgewalt über die nichtsahnenden Nationalstaaten gekommen sei, könne im Ernst keine Rede sein, betont Krätke. Die Globalisierung lebt von der Komplizenschaft der Regierungen mit den Multis.

Krätke weist darauf hin, dass das Gespenst des angeblich machtlosen Staates bereits zur Zeit des Merkantilismus von Ökonomen gepflegt wurde. Zu einer Zeit, als die westeuropäischen Nationalstaaten in Europa wie in Übersee miteinander um Kolonien, um Märkte, um Kapital konkurrierten, wurde behauptet, keine Regierung, kein Fürst und kein Parlament könne sich der Elementargewalt des Weltmarkts widersetzen. Heute geistert z.B. die Vorstellung vom gegenüber den Finanzmärkten völlig ohnmächtigen Staates herum – dabei waren einerseits die Regierungen früher auch international eingebettet. Noch nie haben andererseits nationale Zentralbanken einzeln oder im Verein mit anderen so oft und so kräftig auf den Weltfinanzmärkten eingegriffen wie in den letzten zwanzig Jahren. Finanzkrisen, wie sie sich in jüngster Zeit häufen, sind bislang alle nur dank massivster Staatsinterventionen abgebremst oder überwunden worden.

So kommt den Krätke zum Schluss: "Die beliebte Vorstellung, Nationalstaaten hätten heute keine andere Wahl, als



sich der erbitterten 'Standortkonkurrenz' um das weltweit verfügbare, angeblich grenzenlos mobile Kapital zu unterwerfen, ist abstrus" und "Angst vor der Globalisierung – wie diese, die gegenwärtig die Linke in allen europäischen Ländern lähmt – entsteht, sobald man sich den Aberglauben an die Allmacht des 'globalen' Kapitals und die Ohnmacht des 'nationalen' Staates zu eigen macht. Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund. Globalisierungsschübe sind in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder auf politische Gegenbewegungen gestossen. Gegenwärtig formieren sich diese eher auf der national gesinnten Rechten als auf der Linken. Da die Anführer des Globalisierungsprojekts ausser ihrer abstrusen Marktideologie nichts zu bieten haben, braucht es heute mehr denn je eine Linke, die einen klaren Kopf behält". Dem ist wohl wenig beizufügen.

*Widerspruch 38, Globalisierung und Widerstand, Dezember 1999, Quellenstrasse 25, Postfach, 8026 Zürich.*



### An den Rändern Europas

Beat Leuthardt legt mit seinem "an den Rändern Europas" ein weiteres, lesenswertes Buch über das Europa der Grenzen vor. Während die alltägliche EU-Ideologie glauben machen will, die EU überwinde die obsole- ten Grenzen der "Nationalstaaten", erweist

sich bei Recherchen auf dem Terrain, dass die EU massiv Grenzen aufbaut – gegen den Rest der Welt (sofern sie arm ist). Beat Leuthard schrieb nicht von seinem Schreibtisch in Basel aus – er machte sich auf den Weg und traf sich mit Leuten in den neuen Grenzregionen EU-Europas. Er suchte nach den Opfern, nach lokalem Verständnis für Flüchtlinge, nach den Ursprüngen und Drahtziehern der neuen Repression und der scharfen Abschottung EU-Europas.

Der ehemalige Ost-West-Konflikt wurde vom Westen her vor allem auch an der Flüchtlingsfrage aufgebaut: dem gemeinen Volk wurde die Verwerflichkeit des Ostblocks immer wieder durch das Verbot, sein eigenes Land zu verlassen, vor Augen geführt. Besondere symbolische Bedeutung hatten dabei die Toten an der Mauer. Heute gibt es jährlich mehr Tote an der EU-Europa-Grenze als es je an der Mauer gab. An der Meerenge (Estrecho) von Gibraltar kommen jährlich Hunderte von Mensch um: "Umstritten ist einzig deren Zahl. Regelmässig finden sich auf den überall belebten Sandstränden um Tarifa herum angeschwemmte Leichen. Dennoch ist dies nur ein Bruchteil aller Toten. Denn nur wenige der Ertrunkenen schwimmt es an die Strände oder spült es auf de Klippen; den meisten Menschen wird der lieblich wirkende Estrecho selbst zum Grab. Laut den Behörden sind 'über hundert' Tote, die Hilfsorganisation spricht von 'über Tausend' Toten pro Jahr. Genauere Schätzungen gibt es von der marokkanischen Selbsthilfeorganisation ATIME. Allein von Januar bis Anfang August 1998 seien es mindestens 1070 Ertrunkene gewesen, 270 in spanischen und 800 in marokkanischen Gewässern" (S. 25).

Leuthardt besucht auf seiner Reise so unterschiedliche "Grenzregionen" wie Süds Spanien, die südsizilianischen Inseln, Kalabrien, Österreich, Slowenien, Tschechien, die Slowakei, Rumänien, die Ukraine und seinen Nachbarn: Litauen, Polen und Weissrussland. Eindrücklich weist er nach, wie die EU überall ihre Finger drin hat, um die Nachbarn der "Grenzregionen" auseinander zubringen, verwandschaftliche Kontakte über die neuen Grenzen hinweg zu erschweren, die lokalen Grenzkorps finanziell und technologisch aufzurüsten und Druck auf die Staaten auszuüben, um die Grenzkontrollen zu verschärfen und Visa zu verlangen, wo bisher ein reger interkultureller Austausch stattfand.

Der Stil Leuthardts ist journalistisch: Zitate, Beschreibungen von Landschaften und Personen wechseln mit politischer Analyse der Grenzpolitik der EU. Auch Abstecher in die Umwelt- und Regionalpolitik der EU verschmäht Leuthardt nicht, wenn sich solche aus den Diskussionen mit den Betroffenen ergeben: Da wird etwa der andalusische Chefarzt Paco zitiert: "Was hat Brüssel zur Förderung von Randregionen in Spanien angeboten, das für uns wirklich nützlich wäre? Nichts". Eindrücklich wird die verheerende Wirkung von Brüsseler Subventionen am Beispiel von Windkraftwerken dargestellt, die von der Bevölkerung weder gewünscht wurden, noch zur Stromsicherheit der lokalen Wirtschaft auch nur das geringste beitrugen.

In einem mittleren, gelben Teil liefert Leuthard "härtere" Daten zur Asyl- und Grenzpolitik der bereisten Länder und der EU. Dabei tritt vor allem die Rolle des Geldmittelflusses aus Brüssel bei der Verschärfung der Grenzpolitik nicht nur von Ländern wie Italien, sondern auch von Ländern wie Litauen deutlich zu Tage: "Zur Aus- und Aufrüstung der Grenzposten im Osten fliessen denn auch reichlich EU-Gelder nach Ungarn" (S. IX), "Polen ist vom EU-Gremium Schengen für die Abschottung der EU-Aussengrenzen bereits fit gemacht worden. Mit Geldern aus Brüssel werden die Grenzkontrollen und die Logistik aufgerüstet, sind in der Nähe von Warschau, aber auch an der Westgrenze zu Deutschland neu Abschiebezentren entstanden und sind die Checkpoints zu Litauen und zu Belarus systematisch aufgerüstet worden" (S. XIII).

*Beat Leuthardt, An den Rändern Europas, Berichte von den Grenzen, Zürich, Rotpunktverlag, 1999.*





Même en acceptant les prémisses néo-libérales, l'adhésion à l'UE est, d'un point de vue économique, nocive.

## Les coûts d'une adhésion à l'UE

**Sur commande de l'Office fédéral du développement économique et de l'emploi (OFDE), la BAK Recherche conjoncturelle SA Bâle a fait une étude comparative entre les effets économiques de l'adhésion à l'UE et de la ratification des traités bilatéraux et un développement en dehors de ces deux types d'intégration. Les conclusions de l'étude pourraient faire déchanter les europhoriques. Sans pouvoir agiter le bâton populiste de la peur économique, il sera difficile de faire avaler à la population suisse l'adhésion à l'UE.**

de Paul Ruppen

### Les scénarios

L'OFDE a proposé à la BAK les prémisses suivantes pour l'étude. Comme scénario de référence, il fallait considérer une Suisse sans traités bilatéraux et sans adhésion à l'UE. Pour ce scénario, l'OFDE a fixé (!) une réduction du bonus d'intérêt jusqu'à 90 points de base par rapport aux pays de l'Euro. Le taux de TVA montera entre 2002 et 2005 de 7.5% à 10% d'une manière continue (2002: 8.1%, 2003: 8.8%, 2004: 9.5%, 2005: 10%). Sur la base de ces hypothèses critiquables, la BAK a effectué des calculs à partir de modèles pour les trois scénarios: (1) scénario de référence, (2) ratification des traités bilatéraux, (3) adhésion à l'UE.

Pour l'adhésion à l'UE, il fallait tenir compte des faits suivants: lors d'une adhésion à l'UE, la Suisse doit verser un montant net de 3.7 milliards de francs suisses à l'UE (= 0.84% du produit national brut). Ce transfert net vers l'UE serait financé par une augmentation de la TVA à 15% légalement prescrite par l'UE. L'augmentation de la TVA causera un affaiblissement de la demande intérieure suisse. Pour le scénario de la ratification des traités bilatéraux, il n'y aurait pas de transferts financiers nets envers l'UE et pas d'augmentation de la TVA dépassant celle du scénario de référence (1). De plus il n'y aurait pas de réduction des impôts cantonaux directs (rendue possible par l'augmentation de la TVA). Finalement, il faut tenir compte des effets d'une adhésion à l'UE provoqués par le changement du cadre monétaire.

Par analogie avec les expériences des pays ayant adhéré à l'UE, on peut supposer qu'à partir de la décision officielle d'adhésion, les intérêts des crédits à long terme s'approchent en l'espace de deux ans du niveau des pays de l'Euro jusqu'à 20 points de base. Les intérêts des crédits à court terme convergent par contre seulement pendant la dernière année avant l'adhésion. Par contre, ils s'assimilent complètement. La banque nationale suisse n'aurait plus la possibilité de faire une politique monétaire autonome. L'augmentation des intérêts aurait comme répercussion une baisse des investissements et une montée parallèle du chômage. Dans le scénario "ratification des traités bilatéraux" la Suisse reste à l'extérieur de l'Union monétaire. Par conséquent, le développement des intérêts et des cours de change continuerait de dépendre de la situation conjoncturelle suisse, du cadre monétaire mondial et des réactions de la banque nationale suisse face à la situation européenne et mondiale.

L'étude de la BAK attribue à la ratification des traités bilatéraux ou à l'adhésion à l'UE une réduction des coûts de production (disparition de barrières d'accès au marché commun). La transparence accrue des marchés et la pression accrue de la concurrence devraient, suivant le modèle, faire progresser la productivité. Les auteurs signalent à juste titre que la quantification de ces effets est extrêmement difficile du point de vue méthodique. C'est pourquoi ils les supposent sans plus dans le modèle selon les prescriptions de OFDE. Pour le cas de la ratification des traités bilatéraux, l'OFDE a inventé un gain d'efficacité de 3% sur 10 ans, pour le cas d'une adhésion à l'UE de 5%. Malgré ces suppositions arbitraires et néo-libérales, l'adhésion à l'UE fait piètre figure.

### Les effets économiques d'une adhésion à l'UE

Les effets négatifs d'une adhésion à l'UE se feraient remarquer immédiatement après. L'augmentation des intérêts nominaux des crédits à long terme ferait croître les coûts des investissements et réduire par là les investissements et la consommation privés. Cet effet serait renforcé par l'augmentation des intérêts des crédits à court terme. La baisse de la demande aurait comme conséquence des surcapacités de production, une baisse des prix et des salaires et une réduction du nombre des travailleurs actifs. De plus le chômage augmenterait. On pourrait constater, après environ cinq ans, un affaiblissement du produit national brut de 2% (par rapport au scénario de référence) et, après 10 ans, la situation suivante: la demande intérieure suisse a fortement souffert de l'adhésion à l'UE. Les investissements privés sont inférieurs à ceux du

Les auteurs de l'étude furent violemment attaqués par certains euronationaux. (par exemple le Prof. Thomas Cottier, qui n'est pas économiste, mais d'autant plus eurochauvin). Les résultats eussent été différents, on n'en finirait pas de lire chaque deux ou trois jours dans tous les journaux combien il est avantageux d'adhérer à l'UE. Face à ces résultats, on a brièvement mentionné l'étude pour l'oublier le plus vite possible. Vaterlaus, un des auteurs de l'étude, a essayé de se comporter de façon "politiquement correct" (c.à d. euronational, ce que nous considérons évidemment comme peu correct) suite à des attaques en déclarant à plusieurs reprises que l'économie suisse supporterait l'adhésion à l'UE et qu'il y aurait de bonnes raisons politiques pour adhérer!



scénario de référence de 6.3%, la consommation privée est inférieure de 2%. L'adhésion à l'Union monétaire et l'augmentation des intérêts réels mène à une réduction du stock de capital et à une réduction permanente du potentiel de production. Cela mènerait à un produit national brut constamment inférieur à celui du scénario de référence.

Sur la base des prescriptions optimistes et néo-libérales de l'OFDE, l'analyse de la ratification des traités bilatéraux est positive. Les effets négatifs de l'Union monétaire et de la TVA de 15% ne se font pas ressentir. Seuls persistent les gains d'efficacité du libre échange renforcé (plus de fusions!). Après environ 6 ans, les accords auraient, selon l'étude, des effets positifs sur le développement du marché du travail. Les prix baisseraient plus rapidement que les salaires et il en résulterait une augmentation des salaires réels. A la fin de la période de simulation, le taux de chômage se réduirait de 0.2% et le nombre de gens actifs augmenterait de 0.2% (à remarquer les différences minimales par rapport au scénario de référence). L'étude ne fait pas l'analyse des effets sociaux des différents scénarios. Qui fera les frais de la compétition renforcée et de la TVA augmentée? ■

L'étude de la BAK faisait partie d'un programme d'études commandées par l'Office fédéral du développement économique et de l'emploi (OFDE). Ces études devraient compléter le rapport sur l'intégration 1999 du Conseil fédéral. Les voici:

- Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, Markoökonomische Auswirkungen eines EU-Beitrittes der Schweiz,
- Thomas Straubhaar, Integration und Arbeitsmarkt
- Laboratoire d'économie appliquée, Université de Genève, Effets à long terme d'une intégration de la Suisse à l'Europe
- Ecoplan, Wirtschafts- und Umweltstudien, Bern, EU-Integration der Schweiz: wirtschaftliche Auswirkungen.

Les autres études concluent plus favorablement par rapport à une adhésion à l'UE.

On peut commander ces études auprès de l'OFED, 3003 Berne, Tel 031 322 42 27

Art. No. 705.000 4.99 500 10N57443 10192. Elles ne sont pas gratuites.

### Les traités bilatéraux font augmenter les coûts de la santé

Par les traités bilatéraux, l'accès des médecins de l'Espace Economique Européen au marché suisse sera libéralisé. La compétition accrue ne mènera cependant pas à une baisse des coûts, car les coûts qu'un médecin "cause" sont couverts par les caisses maladie. Une offre supplémentaire de prestations médicales ne sera par conséquent guère corrigée par le marché. Comme la situation salariale et professionnelle des médecins dans les pays voisins est en général moins favorable qu'en Suisse, on peut s'attendre à une mobilité à sens unique, dès que le monopole des médecins diplômés par la Confédération tombe. Et les réglementations spécifiques de beaucoup de cantons pour les hôpitaux ont eu pour conséquence que plus de 2000 médecins étrangers sont déjà engagés dans ces établissements et on s'attend à ce qu'une bonne part d'entre eux soient intéressés par un cabinet privé.

Après une ratification des Bilatérales, les mesures d'accompagnement ne peuvent être discriminatoires envers les ressortissants des pays de l'UE. En même temps on ne voudrait pas menacer les jeunes médecins suisses. Il est alors prévisible que les Bilatérales créeront des problèmes supplémentaires par rapport aux tentatives de réduire les coûts de la santé. NZZ. 9.11.99

Nous cherchons des gens qui aimeraient traduire des articles de l'Europa Magazin en français

Dans le dernier numéro, la version *non-corrigée* de l'article en français s'est glissée dans le texte. Vous pouvez d'ailleurs trouver la version corrigée sur notre site internet.



Gegen zusätzliche Deregulierung

## Warum NEIN zu den Bilateralen ?

**Am 21. Mai stimmen wir über die Bilateralen Verträge ab. Unsere Kritik richtet sich in erster Linie gegen das Landverkehrsabkommen. Doch auch andere Punkte des Verhandlungsergebnisses sind sehr fragwürdig. Wie ein roter Faden zieht sich durch die sieben Verträge der Geist der Deregulierung und der verschärften Anwendung der WTO-Regeln zu Lasten der politisch und wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen und Regionen.**

von Luzius Theiler, Grüne Partei Bern und Vorstandmitglied  
*Forum für direkte Demokratie*

Das Verkehrsabkommen mit der EU ist völlig unakzeptabel da:

- die vom Volk beschlossene Alpeninitiative praktisch ausser Kraft gesetzt wird
- die 28-Tonnen-Limite aufgehoben wird
- die mit der EU ausgehandelte Transitgebühr viel zu niedrig ist, um den Verkehr auf die Schiene zu verlagern
- die 3 Milliarden zusätzlicher Subventionen an den Güterfernverkehr das Prinzip der Kostenwahrheit verhöhnt und auf Kosten der lokalen Wirtschaft das unökologisch Hin- und Herkarren von Gütern und lebenden Tieren kreuz und quer durch Europa fördert.

Gemäss der gutgeheissenen Alpen-Initiative müsste der alpenüberquerende Lastwagenverkehr bis im Jahre 2004 auf die Schiene verlegt werden. Bereits heute verkehren 1, 2 Millionen LKW's auf den Alpenrouten. Das Landverkehrsabkommen brächte eine Zunahme auf 2 Millionen oder noch mehr. Wohl beschloss die Bundesversammlung, dass ab dem Jahre 2009 "nur" noch 650 000 Lastwagen die Alpen überqueren dürfen. Bundesrat Leuenberger machte jedoch diesen Parlamentsentscheid sogleich zur Makulatur, indem er erklärte: "Ich gebe keine Garantien ab". Selten wurden unsere Volksvertreter von einem Bundesrat so lächerlich gemacht !

Mit der Drohung, ein "Nein" zu den Bilateralen Verträgen würde unser Verhältnis zur EU gestört und der Wirtschaft Schaden zugefügt, wurden die Umweltverbände zum Teil erfolgreich eingeschüchert. Um so mehr ist es an uns, die Folgen der Bilateralen Verträge aufzuzeigen.

Auch die übrigen sechs bilateralen Abkommen enthalten zahlreiche problematische Punkte

### Luftverkehrsabkommen:

Die hahnebüchernen Konzessionen beim Gütertransitverkehr werden mit den Vorteilen des Luftverkehrsabkommens begründet. Diese nutzen jedoch nur der Swissair. Die eingegangene Verpflichtung zur totalen Liberalisierung des Luftverkehrs bedeutet eine noch stärkere Förderung der umweltfeindlichen Kurzstreckenfliegerei auf Kosten Hunderttausender lärmgeplagter und von Unfällen bedrohter Flughafen- und Flughafenschneisenanwohner.

### Personenverkehrsabkommen

Das Abkommen ist stark auf die gut ausgebildete, wohlhabende, flexible und vorwiegend männliche Bevölkerung ausgerichtet. Arbeitslose dürfen nur während dreier Monate unter Bezug von Arbeitslosenentschädigung eine Stelle im Aus-

land suchen. Ausbildungsplätze in der EU sind für Schweizerinnen und Schweizer nicht garantiert.

### Forschung

Mit dem Forschungsabkommen wird die Schweiz in die von der Atomwirtschaft und der Biotechnologie dominierte EU-Forschung eingebunden und muss auch für Projekte mitzahlen, die von der Schweiz abgelehnt werden oder für die in der Schweiz kein Interesse besteht. Die Kosten des Abkommens (über 200 Millionen Franken pro Jahr) werden in dem vom Spardruck betroffenen Schweizer Bildungswesen fehlen.

### Öffentliches Beschaffungswesen

Das Abkommen dehnt den Geltungsbereich der WTO-Abkommen auf die Gemeinden und auf öffentlich-rechtliche Körperschaften (Bahn, Post, Wasserversorgung etc) aus. Jedes Schulhaus muss künftig in der EU ausgeschrieben werden. Massgebend ist grundsätzlich das billigste Angebot. Örtliche Unternehmen, die für Qualität und für den späteren Unterhalt des Werkes bürgen, verlieren so ihre Existenzgrundlage.

### Technische Handelshemmnisse

Dass Normen, wie etwa Stecker, vereinheitlicht werden, ist sicher positiv. Dass aber die Qualitäts- und Sicherheitsprüfung nur noch an einem Ort erfolgen muss, birgt die Gefahr einer Senkung des Standards der Prüfungen in sich. Oder man meldet Produkte in den Ländern an, wo die Prüfungen am largesten durchgeführt werden...

### Landwirtschaft

Ähnliche Befürchtungen gelten in Bezug auf das Landwirtschaftsabkommen: Die technischen Vorschriften der einzelnen Länder z.B in den Bereichen biologische Landwirtschaft, und Pflanzenschutz sowie die Qualitätsnormen für Früchte und Gemüse sollen als "gleichwertig" anerkannt werden, was sie aber in der Praxis nicht sind. Qualitativ hochstehende Bioprodukte werden benachteiligt. Ganz allgemein wird die schweizerische Landwirtschaft einem noch stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt, das Sterben von Bauernhöfen wird sich beschleunigen. ■

"Die Konzessionen an die EU im Landverkehrsabkommen belasten Mensch und Umwelt in einem unerträglichen Mass und sind ein gewaltiger Rückschritt für eine ökologische Verkehrspolitik in der Schweiz und Europa". ("echo" der Alpeninitiative vom 5. Februar 1999)



Die bilateralen Verträge stellen ein unsoziales Umverteilungsinstrument dar

## Können die Befürworter der Bilateralen rechnen?

**Eine genauer Blick auf die Zahlen lohnt sich. Die Profiteure würden an den Bilateralen weniger verdienen als die öffentliche Hand dafür auslegen müsste.**

von Paul Ruppen

Folgende Kosten der bilateralen Verträge können aus unbestrittenen Hochrechnungen herausgelesen werden (NZZ, Verträge, etc):

### Kosten für die öffentliche Hand

- Verkehr: 2'850 Millionen für 2000–2010 (Förderung des gesamten Bahngüterverkehrs, Trassenpreisvergünstigungen und Abgeltungen). Durchschnitt pro Jahr: 285 Millionen (versteckte, nicht angegebene Kosten: die für die EU gebaute NEAT und die Umweltkosten der Lastwagenlawine).
- Sozialversicherungen: 210 Millionen pro Jahr (während 7 Jahren). Danach 370–600 Millionen Franken (je nach Wirtschaftslage; eher 600, wenn die Wirtschaftslage schlecht ist). Dafür sind 200 Millionen pro Jahr für Rückerstattung von Grenzgängerbeiträgen ab dem 8. Jahr abzuzählen. Dies ergibt somit ab dem 8. Jahr Beträge von 170–400 Millionen. Durchschnitt: über die 10 Jahre: 232 Millionen. (Wie bereits mehrmals im Europa-Magazin betont, befürworten wir die Zahlungen an Saisoniers und Kurzarbeiter. Wir möchten diese aber einerseits nicht euronational auf Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten beschränkt wissen, andererseits sollten diese durch die Profiteure der Bilateralen berappt werden).

Der Bundesrat gab anlässlich seiner von vier Vertretern gewährten Pressekonferenz vom 18. März 2000 sogar höhere Kosten für die Bilateralen Verträge an: die Bundesräte sprechen von 400 Millionen pro Jahr zu Lasten der Bundeskasse und 400 Millionen pro Jahr für die Sozialversicherungen. Zur selben Zeit wird behauptet, die Bilateralen Verträge würden über zehn Jahre hinweg ein Wachstum von 8 Milliarden ergeben. Man rechne: Die Kosten pro Jahr ergeben 800 Millionen. In Zehn Jahren ergibt dies 8 Milliarden. Laut den Angaben des Bundesrates würden sich die Aufwendungen für die Bilateralen deshalb nicht lohnen: Während die Auslagen des Bundes und der Sozialversicherungen 8 Milliarden tatsächlich und sicher anfallende Kosten sind, sind die erwarteten 8 Milliarden nur (schmutziges) Wachstum (und kein Gewinn). Die 8 Milliarden Wachstumszuwachs fallen zudem im Gegensatz zu den Kosten nicht sicher an. Es handelt sich um Voraussagen spekulativer Wirtschaftsmodelle mit neoliberalen Prämissen. Im Artikel versuchten wir möglichst konservativ zu rechnen, um Kritik zum vornherein auszuräumen. Nach der Pressekonferenz des Bundesrates ist es jedoch besser, in der politischen Diskussion die höheren Zahlen zu verwenden.

- Forschung: in den ersten zwei Jahren 200 Millionen zusätzlich zu den bisherigen Forschungsausgaben für die EU-Forschung. Nachher sind die Kosten noch nicht sicher vorhersehbar: wenn die EU ihr raffiniertes Spiel wiederholt, die Schweiz zuerst für die konkrete Beteiligung an Projekten zahlen und sie nachher noch zusätzlich ihren Brutto-Sozial-Produkt-Anteil beisteuern zu lassen, würden sich diese 200 pro Jahr zusätzlich weiterhin ergeben. Sonst würden sich nachher ca. 50 Millionen Mehrkosten gegenüber den Kosten der heutigen Beteiligung an der EU-Forschung ergeben. Mindestdurchschnitt der zusätzlichen Aufwendungen: 80 Millionen pro Jahr.

### Gewinne der Exportindustrie

Demgegenüber beziffert die Exportindustrie ihre Gewinne mit 300 Millionen Franken pro Jahr (schnellerer Marktzutritt durch den Wegfall von Zertifizierungen). Die Swissair erwartet Einsparungen von 200 Millionen pro Jahr. Die Rechnung sieht somit wie folgt aus (die Beträge müssten natürlich nachgerechnet werden, wir wollen aber für einmal gutgläubig sein):

	Kosten für die öffentliche Hand (in Millionen)	Einsparungen für die Exportwirtschaft (in Millionen)
Verkehr	285	
Sozialversicherungen	232	
Forschung	80	
Exportindustrie		300
Swissair		200
<b>Summen:</b>	<b>597</b>	<b>500</b>

### Schlussfolgerungen:

- Es handelt sich bei den bilateralen Verträgen um ein klassisches Umverteilungsinstrument: die Exportindustrie (vor allem gewisse Multis) profitiert, während die öffentliche Hand hinblättern muss. Durch die bilateralen Verträge ergibt sich eine für die neo-liberale Offensive typische Schwächung des Binnenmarktes (und der dort verfügbaren Einkommen) hin zu den Profiteuren des Standortstaates, der vor allem der Exportindustrie günstige Rahmenbedingungen schaffen will.
- Die Exportindustrie und die Swissair verdienen 500 Millionen pro Jahr an den Bilateralen (wenn man ihnen Glauben schenken will). Im Prinzip müssten sie bereit sein, bis zu 5 Milliarden für die Abstimmungskampagne auszugeben (bei entsprechender Diskontierung und bei einem Zins von 10% ergibt dies einen Barwert von 3256.6078 Millionen). Diese Zahl macht deutlich, dass zehnstellige Investitionen in die



Abstimmungskampagne für die Wirtschaft ein gewinnträchtiger Pappensiel sind. Anders geht es demgegenüber dem Steuerzahler. Die Kosten verteilen sich auf alle: wenn die diskontierten Kosten 3888.38971 Millionen betragen, und wir den Betrag auf 3 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verteilen, ergeben sich pro-Kopf-Kosten von: 1296.10 Franken. Somit müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Prinzip bereit sein, bis zu 1296.10 Franken im Abstimmungskampf aufzuwenden, um den neuen Kosten zu entgehen. Für die einzelnen Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler ergibt sich jedoch das Problem, dass sie damit rechnen müssen, dass ihre individuelle Aufwendung mit hoher Wahrscheinlichkeit das Abstimmungsergebnisse kaum beeinflussen wird. Somit werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keinen Anreiz finden, sich zu wehren. Ein schönes Beispiel dafür, wie sich Privatinteressen auf Kosten der Allgemeinheit auf Grund struktureller Kosten- und Nutzenverteilungen durchsetzen können.

- Nur Verträge wären akzeptabel, die den Profiteuren alle Kosten aufbürden. Nur so kann im Prinzip Demokratie (siehe obiges Problem) funktionieren. Nur so sind die Profiteure gezwungen, eine richtige Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen.
- Die obige Analyse betrifft nur die klar verfügbaren Zahlen. Die Befürworter der bilateralen Verträge würden vermutlich auf schwer bezifferbare Gewinne verweisen, die sich z.B. durch angebliche Effizienzgewinne (sprich schärfere Konkurrenz mit entsprechenden Fusionen und Rationalisierungen) ergeben würden. Einerseits sind solche "Effizienzgewinne" nicht wünschbar. Zudem ist auf die NEAT, die unbezahlten Kosten im Umweltbereich (Lastwagen, Flugverkehr) und Verluste der öffentlichen Hand und des Binnenmarktes durch die Liberalisierung der öffentlichen Märkte hinzuweisen (Steuerverluste der öffentlichen Hand, Lohndumping, verschärfte Konkurrenz und entsprechender Druck auf Arbeitsmärkte und die Binnennachfrage).

Um die Frage im Titel zu beantworten: es gibt zweifellos Befürworter der Bilateralen, die rechnen können. Es sind dies die Vertreter der Exportwirtschaft. ■

## Virtuelle statt reeller Politik

Die Verkehrshalbierungsinitiative fiel gehörig auf die Nase. Nicht dass etwas gegen die Inhalte der Initiative einzuwenden wäre – aber es stand wohl schon vor Jahren fest, dass sie abgelehnt würde – wenn auch nicht so massiv. Es stellt sich die Frage, was solche Initiativen genau sollen. Hat sich das umweltpolitische Klima in der Schweiz ein wenig zum Positiven gewendet? Hat eine Sensibilisierung stattgefunden? Die Fragen können wohl verneint werden. Die Initiative hat weder realpolitisch noch politikultur-politisch viel gebracht.

Sie wurde von den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützt. Eine Unterstützung kostete ihnen ebenso wenig, wie sie der Umwelt brachte. Bei den Bilateralen Verträgen, die man mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen könnte, interessieren sich diese Parteien nicht für deren massiven Auswirkungen auf die Umwelt. Man kann es drehen und wenden wie man

will: die Sozialdemokratie und die Grünen unterstützen Umwelthanliegen, wenn sie voraussichtlich keinen Erfolg haben und sabotieren sie dort, wo reale Chancen für deren Verteidigung bestünden. Man zieht virtuelle Politik der realen vor. p.r.

## Bilanz des Referendums

- Das Forum für Direkte Demokratie konnte 2500 beglaubigte Unterschriften sammeln. Wir möchten allen Sammlerinnen und Sammlern, die in den kalten Wintermonaten auf der Strasse Diskussionen führten, herzlich für Ihren Einsatz danken. Insbesondere die Humanistische Partei leistete einen entscheidenden Beitrag. 2500 Unterschriften sind vielleicht nicht besonders viel – angesichts unserer Kräfte aber zufriedenstellend.
- Finanziell war das Referendum fürs Forum eine Belastung. Überschlagsmässig kostete uns die Angelegenheit über 15'000 Franken, wobei an Spenden ca. 7'000 hereinkamen. Den Spendern möchten wir herzlich danken. Spenden für den Abstimmungskampf wären willkommen.
- Für den Bekanntheitsgrad des Forums war die Lancierung des Referendums eine gute Sache. Wir wurden mehrmals in auflagenkräftigen Zeitungen erwähnt (Sonntagsblick, NZZ, Weltwoche, Tagesanzeiger, Berner Bund, Courrier, Tribune de Genève, etc.). Die Berichterstattung in der Weltwoche und im Tagesanzeiger war zwar unsachlich und deshalb unprofessionell. Die anderen Zeitungen kamen aber dem Informationsauftrag, den sie erfüllen sollten, durchaus nach. Es gibt ein paar Journalisten mehr, die wissen, dass es das Forum gibt.

Zudem wurde das Forum für etliche Podiumsgespräche eingeladen. Der Reigen wurde eröffnet durch eine Veranstaltung der FdP Appenzell Ausser Rhoden in Rehetobel (24. Februar 2000) mit Bundesrat Couchepin. Die Neue Europäische Bewegung lud am 18. März 2000 zu einem Podium im Casino Bern ein. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch eine Rede von Bundesrat Deiss. Weitere Veranstaltungen werden folgen (siehe auf unserer Home-Page). Angesichts dieses "Werbeerfolges", der sich allerdings noch nicht in steigenden Abo- und Mitgliederzahlen auswirkte, ist das ins Referendum investierte Geld gut angelegt. Und wir dürfen im Abstimmungsbüchlein unsere Internet-Adresse publizieren.

- Das Forum für direkte Demokratie gründet ein mitte-links Referendumskomitee gegen die Bilateralen und wird eine Pressekonferenz durchführen.



Alle Texte des Europa-Magazins zu den Bilateralen finden Sie auf unserer Home-Page. Dort wird auch eine Spezialnummer des EM im PDF-Format publiziert, die alle diese Texte umfasst. Sie können entsprechend alle Texte auf einmal ausdrucken.



Marokkanische Arbeitskräfte: In der Festung Europa unerwünscht

## Rassistische Sprengel auf unserem spanischen Gemüse

**Das so schön aussehende Wintergemüse aus Südspanien, das in den Einkaufsregalen bei uns ausliegt, ist in Wahrheit gezeichnet von den Rückständen der Lohndrückerei entlang der Costa del Sol und dem Gift des Rassenhasses in El Ejido. Eine spanisch-schweizerische Geschichte aus der Festung Europa.**

Von Beat Leuthardt

«Alimentos de Andalucía» steht auf den Harassen im Laden, die von knackigem Romanesco und Eisbergsalat, Peperoni und Tomaten überquellen. Und auf vielen dazu noch: «Aus El Ejido». Dieser spanische Ort hat kürzlich Schlagzeilen gemacht: Ein wütender Mob verfolgte nach einem Tötungsdelikt an einer Spanierin Tage lang die marokkanischen Einwanderer, die in den Gemüseplantagen als billige Pflücker arbeiten.

Ei Ejido, das ist der kleine Ort in der andalusischen Provinz Almería, wo zu Beginn des Jahres Unruhen aufgekommen sind, wo Marokkaner durch die Strassen gejagt und mit dem Tode bedroht wurden, wo Behörden und Ordnungskräfte erst nach Tagen eingegriffen haben – und auch da nur halbherzig.

Ei Ejido, das ist da, wo die europäischen Medien ihre Reporter bloss für einen Tag einfliegen liessen. Und weil sich im Februar 2000 offenbar nicht einmal das sonst so beliebte journalistische Nachfassen für die Medienzentralen in Paris, Frankfurt oder Zürich lohnte, verliefen die Einkäufe bei Coop, Migros oder Spar weiter wie jedesmal während der Winter- und Frühjahrszeit. Denn mit dem Billiggemüse aus Südspanien werden hierzulande die Monate ohne einheimische Ernte überbrückt. Über den Sinn der LKW-Kühlkettentransporte entlang von tausend Kilometern Autobahn und mehr macht man sich in Resteuropa meist keine Gedanken, über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Pflücker und Fabrikarbeiterinnen dort unten im armen Andalusien erst recht nicht.

Im Ort Ei Ejido und seiner Umgebung, nur wenige Kilometer von den mondänen Ferienstränden der Costa del Sol entfernt, findet sich das mit Abstand grösste Anbaugebiet Europas für Gemüse. Der fünftgrösste mit Plastik überdachte «Garten» der Welt ist mehrere hundert Kilometer lang. Nur einen Steinwurf von der verschneiten Sierra Nevada entfernt wächst da Europas winterliches Sommergemüse. Am Montag wird es von den meist marokkanischen Arbeitern gepflückt und sortiert, am Mittwoch liegt es in den Regalen der westlichen Grossverteiler. Hunderte von Patrons und Zehntausende von Saisoniers hängen am Tropf der Schlechtzahler – der deutschen Ladenkette Rewe – und der Gutzahler wie Migros und Coop Schweiz.

### Neigt, wer ausgegrenzt war, selber zur Ausgrenzung?

Seit langem war vorhersehbar, dass es in dieser Gegend zu fremdenfeindlichen Übergriffen und rassistischen Ausschreitungen kommen könnte. Denn die «moros» (Mauren, die ara-

bischen UreinwohnerInnen Andalusiens) sind bei den spanischen Einheimischen unbeliebt – eine mehrhundertjährige Geschichte der Konfrontation, der Kolonisation und der Indoktrination hat bei der Bevölkerung ihre Spuren hinterlassen. Dazu kommt die etwas dunklere Haut der Pflücker, die analog den ebenso ungeliebten gitanos, den «Zigeunern», zuunterst auf der sozialen Leiter der spanischen Gesellschaft stehen.

Das ist einer der Hintergründe der rassistischen Übergriffe. Währenddessen schreiben Europas Medien auch von einem Kampf um die Arbeitsplätze in der Gemüseproduktion. Andernorts ist man über die Bedeutung eines solchen «Wettbewerbs der Armen» indes nicht gleicher Meinung. «Die meisten SpanierInnen haben seit Jahren kein Interesse mehr an der schlecht bezahlten Arbeit in heissen, stickigen und gesundheitsschädigenden Plastiktunnels; ihre Zeiten als 'Gastarbeiter' in den Fabriken des Ruhrgebietes oder der Schweiz haben sie 'autonom' werden lassen, meint sogar ein aufgestiegener Biobauer wie Juan Minares: «Der Spanier kann es sich jetzt leisten, im Büro zu arbeiten und nicht auf Andalusiens Feldern in Kälte, feuchter Hitze und Regen.» Was die marokkanischen Billigarbeitskräfte angeht: Die seien zwar noch vor zehn Jahren als Illegale entrechtet, ohne Sozialschutz und jederzeit von Kündigung bedroht. «Doch das ist alles vorbei», erklären die, man staune, geläuterten Patrons.

«Keineswegs», widerspricht Ibrahim von der ATIME, der grossen marokkanischen Selbsthilfeorganisation in Spanien. Bloss habe der Druck der Europäischen Union (EU) auf Spa-



nien die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zunehmend verschleiert; beseitigt habe er sie nicht im Entferntesten. So liegt der Verdacht nahe, dass Andalusiens Bauern, die dank den EU-Exporten gross geworden sind und nun selbst nach den USA liefern können, einfach ihre Lektion gelernt beziehungsweise die «fortschrittlichen Diskurse» innerhalb der EU verstanden haben: Dreckarbeit ist politisch unkorrekt – jedenfalls soweit er nach Aussen sichtbar wird.

So haben sich dank des Einflusses der EU die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf dem Papier verbessert. «Doch», so erklärt uns Plantagenarbeiter Rachid, «wenn du bei einer Krankheit oder nach einem Arbeitsunfall auf den 46 Lohnprozenten beharren würdest, die dir zustehen, sagt der Patron zu dir: 'Wenn du nicht gut arbeitest, kannst du nicht bleiben.'» Rachid ist einer der vielen andalusischen Plantagenarbeiter mit marokkanischem Uni-Abschluss. Wohl gibt es heute eine Minimallohngarantie und eine Pflicht, Sozialleistungen auszuschiütten. Doch werden gesetzlich vorgesehene Kontrollen unter anderem mit Blankoformularen umgangen und die frühere Illegalität durch eine «Scheinlegalität» ersetzt.

### Das Doppelspiel der EU

In Brüssel könnte man davon wissen. Doch das Doppelspiel der EU-Verantwortlichen verläuft anders. Im Zentrum der EU-Politik steht die Aufrüstung der andalusischen Küsten gegenüber «Drittausländern», vor allem gegenüber den Arbeitssuchenden aus Marokko. Mit der Unterstützung der Hightech-Abwehr am, auf und über dem Mittelmeer wird dem Musterschüler Spanien signalisiert, dass Marokkos Arbeitskräfte in Europa unerwünscht sind.

Der Musterschüler selber hat die Zeichen schon Anfang der 90er Jahre erkannt: Mit Visumszwang, Studienverboten und Verelendungstaktiken hält Madrid die Menschen aus Marokko und den Gegenden südlich der Sahara systematisch von der Iberischen Halbinsel fern. Dieselben Menschen sieht man in Andalusien aber gerne, soweit sie «illegal» ankommen und sich in die langen Wartekolonnen Arbeitswilliger einstellen. Denn es sind letztlich die Warteschlangen, die soviel Druck erzeugen, dass sich keiner der Saisoniers krank schreiben lässt.

Die von der EU offiziell verunmöglichte «illegale» Einreise findet jedoch täglich statt. Unter Lebensgefahr überqueren die MarokkanerInnen in brüchigen Fischerbooten das Mittelmeer. Dass viele dieser Boote samt Passagieren dabei untergehen – mehr als Tausend sind es laut Angaben der ATIME

jedes Jahr – gilt in diesem zynischen Spiel nichts. Übrigens hat König Hassan II. von Marokko, der von Frankreich und Spanien bis zu seinem Tod im Sommer 1999 gestützt wurde, auf seine Weise zum Doppelspiel der EU beigetragen. Sein diktatorisches Regime hat stets zur Perspektivlosigkeit und zur Unterdrückung der Bevölkerung im eigenen Land beigetragen – und somit auch zu den täglichen Massenfluchten, dank denen Andalusien stets über genügend Arbeitswillige verfügen konnte.

### Neue Probleme für EU-Musterschüler Spanien

Vielleicht liegt in Hassans Tod das Positive. Sollte sich sein Sohn Mohammed VI. als neuer Regent wirklich zu einem menschlicheren Umgang mit seinem Volk entschlossen haben, so hätte der Musterschüler Spanien möglicherweise bald ein neues Problem: Weniger «Illegale», weniger Arbeitskräfte im Exportbereich Landwirtschaft, weniger Wachstum und Gewinn. Und dazu kommt: Bereits seit drei Jahren wächst der Anteil der Importe von Landwirtschaftsprodukten aus Marokko auf Kosten jener aus Spanien. «Der Gemüsemarkt des heute dominanten Südspaniens kann problemlos durch die südlichen Mittelmeerländer wie Tunesien, Ägypten und die Türkei ersetzt werden», sagt der ehemalige Chefeinkäufer der überproportional markt-mächtigen «Coop Schweiz».

Vielleicht werden dann die Hetzjagden auf Marokkaner, die Pogrome von El Ejido Vergangenheit sein – schlicht weil die Marokkaner alle endgültig vertrieben sein könnten. ■

### Europarat gegen Asylrechtsabbau

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat sich in Strassburg besorgt darüber geäussert, dass das Asylrecht in Europa immer stärker von einem Klima der Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden untergraben wird. Immer mehr Regierungen hätten ihre Asylpraxis durch eine restriktive Auslegung des internationalen Rechts und die Neudefinition des Flüchtlingsbegriffs drastisch eingeschränkt. Verstärkt werde die Tendenz durch Bemühungen der EU, ihre Asylpolitik zu harmonisieren. Im Vordergrund stehe dabei die Weigerung, Personen ohne gültige Papiere einreisen zu lassen, dies ungeachtet der Tatsache, dass die in ihren Heimatstaaten Verfolgten oft keine Ausweispapiere haben können, weil ihnen diese entzogen wurden.

Der Europarat will auf die EU einwirken, ihre Strategie aufzugeben, die eigene Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen zu lasten von nicht der EU angehörigen Europaratsstaaten zu verringern. Der Strassburger Gerichtshof für Menschenrechte müsse zur letzten Instanz beim Asylschutz erhoben werden. NZZ. 27.1.00, S. 9. Der Europarat warnt zudem die Mitgliedstaaten davor, die "illegale" Einwanderung und das damit verbundene Leid der betroffenen Menschen weiter zu verdrängen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers und darüber hinaus im Nord-Süd-Dialog könne "eine Milderung der Situation" erreicht werden. Der Europarat warnt davor, die Entwicklung in erster Linie mit repressiven Massnahmen stoppen zu wollen. NZZ. 29/30. 1.00, S. 5

### «An den Rändern Europas. Berichte von den Grenzen»

Von Beat Leuthardt ist unter diesem Titel kürzlich ein politisches Lese-, Erzähl- und Sachbuch erschienen. 300 S. plus 40 S. Infoteil, Rotpunktverlag Zürich, Ende 1999, 36 Fr., Bezug: Buchhandel, Verlag oder beim Autor: Büro EuroGrenzen, Pf 1860/CH-4001 Basel, Fax: 061 263 000 6, e-mail: leu@eurogrenzen.ch (siehe auch bei den Buchbesprechungen)



Um die Diskussion in den neutralen Staaten bezüglich eines Beitrittes zur WEU zu umgehen, wird die WEU aus dem "Integrationsprozess" ausgelagert und die EU selber militarisiert

## Die Militarisierung der EU

**Ein grosser Schritt der EU hin zu einem Bundesstaat ist eine gemeinsame Verteidigung. Der erste entscheidende Schritt in diese Richtung wurde im Maastrichter Vertrag unternommen, der von den EU-Aussenministern im Februar 1992 unterschrieben wurde. Der Maastrichter Vertrag setzte das Thema "Verteidigung" auf die Agenda der EU. Der Artikel J. hielt fest, dass die Gestaltung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik unter Umständen zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könne.**

von Ulla Klötzer\*

Im Amsterdamer Vertrag (Juni 1997) wurde der Artikel J.4 modifiziert (neu Artikel J. 7) und die Änderungen des Textes bestätigten die Entwicklung hin zu einer gemeinsamen Verteidigung zusätzlich. " (1) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfaßt sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Sinne des Unterabsatzes 2 gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt.." (Artikel J.7. 1). Artikel J.7 bedeutet, dass die Entscheidung über eine gemeinsame Verteidigung zu einer Frage wurde, die durch die Minister der Mitgliedstaaten entschieden werden kann. Keine Referenden oder sonstige Massnahmen, die die Meinung der Bürgerinnen und Bürger einbeziehen würden, werden nötig sein, um die gemeinsame Verteidigung gesetzlich zu verankern.

Die Rolle der WEU (Westeuropäische Union, militärischer Arm der EU) wird ebenfalls im Amsterdamer Vertrag Artikel J.7.3 umschrieben: " (3) Die Union wird die WEU in Anspruch nehmen, um die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen."

Unmittelbar nach dem Amsterdamer Gipfel (22. Juli 1997) nahmen die Aussenminister der EU-Staaten eine Erklärung bezüglich der Beziehungen zwischen der EU und der WEU an: Die Erklärung hielt unter anderem fest:

- Die Zusammenarbeit und die Entscheidungsprozesse zwischen der EU und der WEU sollen verbessert werden, besonders in Krisensituationen.
- gemeinsame Treffen zwischen den Organen der EU und der WEU sollen regelmässig abgehalten werden.
- Verwaltung und Führung der beiden Organisationen sollen harmonisiert werden
- die Zusammenarbeit zwischen dem Stab des Generalsekretariats der WEU und dem EU-Ministerrat soll intensiviert werden
- das neue "Aussenministerium" der EU (das anlässlich des Amsterdamer-Gipfels beschlossen wurde) soll befähigt werden, folgende Politik zu verfolgen:

- eine Planungseinheit der WEU soll befähigt werden, Truppen unter der Befehlsgewalt der WEU aufzustellen
- die WEU soll aktiv an den Verteidigungsplänen der NATO mitarbeiten

Dieser letzte Punkt zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen der EU, der WEU und der NATO. Dieser wurde zusätzlich bestätigt durch die Ernennung des NATO-Generalsekretärs Javier Solana zum höchsten Repräsentanten der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU. Ein ehemaliger NATO-Generalsekretär amtiert somit als EU-Aussenminister.

Das Szenario, welches die WEU als militärischen Arm der EU integrieren wollte, erwies sich indessen für die "Eliten" als problematisch, da die neutralen Länder nicht Mitglieder der WEU sind und die Frage einer Mitgliedschaft sehr heftige Debatten in diesen Ländern auslösen würde. Um diese Debatten zu vermeiden, schlugen die Staatschefs der EU-Mitgliedstaaten am Kölner Gipfel im Juni 1999 bezüglich der Rolle der WEU einen anderen Weg ein. Man nahm die Rolle der WEU zurück und dachte dafür die meisten Funktionen der WEU der EU zu. Die EU wird als militärischer Akteur aufgebaut.

Im verabschiedeten Kölner Dokument steht:

- die EU soll künftig ihre volle Rolle auf der internationalen Bühne spielen.
- der EU sollen die nötigen Mittel und Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, so dass sie die Verantwortung bezüglich einer gemeinsamen EU-Sicherheits- und Verteidigungs-Politik wahrnehmen kann.

\* Präsidentin der finnischen "Alternative zur EU"; Ausschussmitglied der European Anti-Maastricht Alliance TEAM; Friedensaktivistin bei den "Frauen für den Frieden – Finnland"



- der Europäische Rat (= Rat der Staatschefs) soll die Entscheidungskompetenz erhalten – bezüglich des ganzen Arsenal von Interventionsmöglichkeiten (Konfliktprävention bis Krisenmanagement) wie sie im Vertrag der EU als Petersberger-Missionen definiert sind.
- die EU soll weitere Schritte bezüglich der Harmonisierung militärischer Anforderungen, der Planung und der Beschaffung von Waffen vornehmen.
- ein Verteidigungs-Chefquartier soll in Brüssel auf die Beine gestellt werden – mit eigenem Militärstab und Geheimdienst, Satellitenzentrum, Institut für Sicherheitsstudien, etc.
- ein ständiges Organ in Brüssel (politisches Sicherheits-Komitee) soll gegründet werden, bestehend aus politischen und militärischen Experten
- die Verteidigungsminister sollen die Möglichkeit haben, Ratszusammenkünfte zusammen mit den Aussenministern zu besuchen.

Das Dokument betont, dass die EU zu selbständigen Aktionen befähigt werden müsse, gestützt auf glaubwürdige Militärstreitkräfte, auf Entscheidungskompetenzen und Einsatzbereitschaft, um auf internationale Krisen antworten zu können, unbeschadet der Kompetenzen der NATO. Laut Dokument soll dies in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UNO-Charta geschehen. Zu beachten ist hier der genaue Wortlaut: es ist allerdings nicht dasselbe, UN-Prinzipien zu erwähnen oder zu fordern, dass Aktionen nur auf UNO-Mandat hin erfolgen dürfen. Das Ziel ist klar: die EU will unabhängig und ohne die Zustimmung der UNO handeln können – genau so wie es von den elf EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der NATO im Kosovo gehandhabt wurde. Die NATO erklärte Jugoslawien nie den Krieg, stellte ihre Intervention jedoch als "friedensschaffende Operation" (peace making) hin.

Das Dokument zeigt auch, wie die Nähe von EU und NATO noch enger geworden ist, nachdem die WEU-Komponente weg ist. Das Kölner Dokument betont: die EU soll die Entwicklung einer effektiven gemeinsamen Konsultation, Zusammenarbeit und Transparenz zwischen der EU und der NATO sichern. Es wird betont, eine stärkere "europäische" Rolle werde zur Vitalität der NATO im 21. Jahrhundert beitragen. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Streitkräfte ausbauen, ohne Doppelgleisigkeiten bezüglich der NATO. Die NATO wird entsprechend zum hauptsächlichen Militär-Dienstleister der EU. Auch ohne direkten Einbezug der USA soll die EU fähig sein, Operationen durchzuführen, indem sie die NATO-Infrastruktur und Kapazitäten benutzt.

In der Schlussfolgerung des Kölner Dokumentes wird erklärt, das Ziel der EU sei es, die für diese Politik nötigen Entscheidungen bis Ende 2000 zu fällen. Die WEU wird bis dann ihre Zwecke als Organisation erfüllt haben. Der unterschiedliche Status der Mitgliedstaaten bezüglich gemeinsamer Verteidigungsgarantien wird dadurch nicht berührt, da die NATO das Fundament der kollektiven Verteidigung der Mitgliedstaaten bleibt.

Das Problem der neutralen Staaten wurde so elegant gelöst. Die EU selber wird als militärischer Akteur auftreten, nicht die WEU. Indem die Dokumente nach und nach geändert wurden, allerdings so schnell, um sicher zu sein, dass die

Bürgerinnen und Bürger nicht merken, was da genau abläuft, wurde das Ziel, die EU in eine militärische Komponente der NATO zu verwandeln erreicht – ohne weitere öffentliche Debatten.

Besonders das Kölner Dokument zeigt, wie bezüglich der EU-Verteidigungs-Politik "Äpfel mit Birnen" gemischt werden – um die Menschen zu täuschen. Eindeutige Verteidigungsfragen werden mit "Friedenserhaltung" (peace keeping) und "Friedenschaffung" (peace making) vermischt, um die Debatte zu trüben, und um es den Regierungen der neutralen Staaten zu erleichtern, ihre Bürgerinnen und Bürger ruhig zu halten. Der neue Aussenminister der EU, Javier Solana allerdings, traf den Nagel auf den Kopf, als er bald nach seiner Ernennung im November 1999 anlässlich einer Pressekonferenz auf die Frage, wie er die Angelegenheit einer gemeinsamen EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den neutralen Mitgliedstaaten darlegen wolle, antwortete: "Wir müssen ihnen sagen, dass es nur um Petersberger-Missionen geht und dass keine gemeinsame Armee geschaffen wird". "Nur" heisst hier militärische Aktionen wie die im Kosovo! Im Dezember, kurz vor dem EU-Gipfel in Helsinki wies er auf die problematische Situation der neutralen Mitgliedstaaten hin, sobald eine Operation der Friedenserhaltung oder Friedenschaffung eskaliere und daraus ein Krieg entstünde.

An der Schlusserklärung des EU-Gipfels von Helsinki (Dezember 1999) wird die Entschlossenheit der EU unterstrichen, eine eigenständige Entscheidungskompetenz zu entwickeln, um dort, wo die NATO als ganze nicht engagiert ist, bei internationalen Krisen EU-geführte militärische Operationen zu lancieren. Das Dokument bemerkt zudem, dass unnötige Doppelspurigkeiten mit der NATO zu vermeiden sind und dass keine Europäische Armee zu schaffen sei. Der letzte Zusatz wurde von Frankreich bekämpft und er war im Krisen-Management-Bericht, der auch am Gipfel angenommen wurde, nicht enthalten. Allerdings war bereits vor dem Helsinki-Gipfel klar, dass Frankreich, Deutschland und Italien die Verteidigungspolitik so in den EU-Verträgen integriert haben wollten, dass die Länder, die vorwärts machen wollen, schneller vorangehen können als die neutralen Staaten. Dies bedeutet, dass die Schlusserklärung des Gipfels in Frankreich im Dezember 2000 diesen Satz nicht enthalten wird.

In Helsinki war beschlossen worden, dass die Union in drei Jahren gemeinsame Militärkräfte aufstellen wird, die 50 000 – 60 000 Mann umfassen. Diese Streitkraft soll für den internationalen Kriseneinsatz bestimmt sein – sowohl für friedenserhaltende wie friedensschaffende Massnahmen (peace-keeping, peace-making). Die Staatsoberhäupter liessen es offen, wo die Streitkräfte eingesetzt werden sollen. Der finnische Premierminister Paavo Lipponen gab keine direkte Antwort auf die Frage, ob die Streitkräfte auch für Krisen ausserhalb Europas eingesetzt werden. Ebenso blieb offen, ob die Operationen von der Zustimmung der UNO abhängen und wie die Beziehungen zur NATO sein werden – alles allzu delikate Fragen, um anlässlich eines EU-Gipfels in einem neutralen Staate behandelt zu werden – so dass man sie einfach offen oder unklar liess.

Dies bedeutet, dass Spanien und Frankreich, die im Jahr



2000 die EU-Führung innehaben, ziemlich freie Hand haben, um in diesen Gefilden zu operieren. Gemäss der Schlussklärung von Helsinki ("Stärkung der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und über nicht-militärisches Krisenmanagement der EU") sind Entscheidungen in Richtung der in Köln gesetzten Ziele Ende 2000 zu erwarten.

Wenn man die Veränderungen der EU-Dokumente seit dem Maastrichter Vertrag verfolgt, dann ist der Trend absolut deutlich. Jedes neue Papier zum Thema Sicherheit und Verteidigung geht einen Schritt weiter hin zu einer gemeinsamen Verteidigung. Eine schleichende Militarisierung der EU findet statt und diese Militarisierung wird gewiss nicht Frieden und Verständnis fördern, sondern einen neuen Rüstungswettlauf und neue eiserne Vorhänge schaffen.

Im November 1999 betonte Javier Solana als neu ernannter "EU-Aussenminister", die EU-Mitgliedstaaten müssten mehr Geld für die Verteidigung ausgeben. Er unterstrich auch das bundesstaatliche Image der EU, indem er forderte, der französische und britische UNO-Sicherheitsratsstimmensitz müssten durch einen EU-Sitz ersetzt werden. Im Dezember verlangte auch der Verteidigungsminister der USA von den europäischen Alliierten mehr Verteidigungsanstrengungen. Die Europäer hätten viele Probleme: keine richtige Geheimdiensttechnologie, keine Präzisionswaffen, Mangel an Kapazitäten, Flugangriffe über längere Zeit hinweg durchzuführen, etc., etc. Diese eng mit der NATO verknüpfte Wiederaufrüstung Europas wird einen neuen Rüstungswettlauf auf der ganzen Welt in Gang setzen. In Russland wurde neulich eine neue Militärdoktrin angenommen, die jene von 1997 ersetzt. Die neue Doktrin eröffnet die Möglichkeit, Nuklearwaffen zu verwenden, wenn es keine andere Möglichkeiten gibt, dem Gegner entgegenzutreten. Gemäss der Doktrin von 1997 sollten Nuklearwaffen nur gebraucht werden, wenn die Existenz Russlands bedroht war. Die neue Doktrin definiert deutlich den Westen und die NATO-Ost-Erweiterung als mögliche Bedrohungen und fordert deshalb, die Einsatzschwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen zu senken.

In China verlangte der Parteisekretär Jiang Zemin von der Militärakademie möglichst viele neue hoch qualifizierte Offiziere. Die chinesische Regierung will zudem den wachsenden Gefahren durch ein eigenes Star-Wars-Programm begegnen. Zudem sollen Experten für Computerkriege ausgebildet werden. Auf nuklearem Gebiet testet China ein neues kernbetriebenes U-Boot.

Die EU wird von den EU-Eliten und den Eliten der Mitgliedstaaten gerne als Friedensprojekt propagiert. Ein Friedensprojekt, das einen neuen Rüstungswettlauf lanciert, indem mehr Geld für Waffen verlangt wird, in einer Zeit, in der die finanziellen Ressourcen dringend benötigt würden, um der wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Ländern, sowie den immensen globalen und lokalen Umweltproblemen zu begegnen! Offensichtlich definiert die EU das Wort "Frieden" neu. Die orwellsche Version wurde akzeptiert: Krieg ist Frieden und Frieden ist Krieg! ■

## Eurokorps übernimmt Führung der Kfor-Truppe

Das Eurokorps wird vom April 00 an die Führung der Kosovo-Friedenstruppe (Kfor) übernehmen. Das beschloss der Nato-Rat Ende Januar 00 in Brüssel, wie ein Sprecher der Allianz bestätigte. Der Auftrag werde für etwa ein halbes Jahr erteilt. Die Übertragung der Führung über die gegenwärtig aus 45 000 Mann bestehende Kfor ist nach Einschätzung aus Nato-Kreisen ein Zeichen für die zunehmende Bereitschaft der "Europäer", bei Missionen in Europa gemeinsam aktiv zu werden. Dem Eurokorps sind 55000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg unterstellt. NZZ. 29./30. Januar 00, S. 2

## EU-Waffenembargo gegen Indonesien aufgehoben

Auf dem Höhepunkt der Krise in Osttimor hatten die EU-Aussenminister ein Waffenembargo gegen Indonesien verhängt. Im Januar lief das Embargo aus. Indonesien habe unter seinem neuen Präsidenten Abdurrahman Wahid nicht nur der Entsendung einer internationalen Friedenstruppe nach Osttimor zugestimmt sondern auch eine Volksbefragung zugelassen und das Unabhängigkeitsvotum der Osttimoresen mit allen Konsequenzen akzeptiert. Damit seien die Gründe für die im September beschlossene Sanktion hinfällig geworden. Der Verzicht auf eine Verlängerung des Embargos stösst allerdings auch auf Kritik, da es in Indonesien weitere offene Krisenherde gibt (Aceh, Molukken). Die EU riskiert entsprechend, durch Waffenlieferungen den Kampf der Regierung gegen die einheimische Bevölkerung zu unterstützen. NZZ. 18.1.00, S. 6

## Militärgesetz

Das *Forum für direkte Demokratie* wendet sich gegen die militärische Integration der Schweiz in die "Solidarität" der reichen Industrieländer. Entsprechend muss ersten Schritte in diese Richtung mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir sind der Ansicht, dass die Schweiz eine aktive, zivile Friedens- und Entwicklungspolitik zu betreiben hat. Bewaffnete Auslandseinsätze gehören nicht dazu. Bei ihnen geht es einerseits darum, der Schweizer Armee neue Aufgaben zuzuschansen (statt sie der Situation entsprechend zu redimensionieren) und andererseits die Schweiz sicherheitspolitisch an die Nato heranzuführen. Was uns hier (wieder mal in unverschämter Verdrehung von Wortinhalten) als Öffnung verkauft werden soll, muss in aller Schärfe zurückgewiesen werden. Die GSoA scheint ihrer diesbezüglichen Aufgabe nachzukommen und ein Referendum vorzubereiten. Es ist schön, dass das Forum nicht wieder (wie bei den Bilateralen) Aufgaben übernehmen muss, die eigentlich andere in Angriff nehmen sollten.





## Human Rights Watch kritisiert die Nato

In einem im Februar veröffentlichten Bericht wird die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch der Nato vor, durch die Wahl der Angriffsziele und den Einsatz bestimmter Waffen Zivilisten während des militärischen Kosovo-Einsatzes einem inakzeptablen Risiko ausgesetzt zu haben. Der Bericht ist die Zusammenfassung einer umfangreichen Untersuchung von zivilen Todesfällen während des Nato-Einsatzes in der Kosovo-Krise.

Human Rights Watch hat im August 1999 eine detaillierte Besichtigung von 91 Wohngebieten durchgeführt und innerhalb von drei Wochen 42 Schauplätze besucht, an denen es zu zivilen Todesfällen gekommen war. Human Watch ist zum Schluss gekommen, dass bei 90 Nato-Angriffen etwa 500 jugoslawische Zivilisten ums Leben kamen. Diese Zahlenangabe steht im Gegensatz zu den offiziell bekanntgegebenen Angaben des Pentagons, das zivile Todesopfer bei höchstens 30 Zwischenfällen eingestanden hatte. Die jugoslawische Regierung hatte die Nato beschuldigt, bei den Angriffen zwischen 1200 und 5000 Zivilisten getötet zu haben.

Der 79-seitige Bericht von Human Rights Watch hält fest, dass mehr als die Hälfte der zivilen Todesopfer aus Angriffen auf illegitime und fragwürdige Ziele, zum Teil aus gezielten Bombardements nichtmilitärischer Objekte resultierte. Zahlreiche Zivilisten wurden Opfer von Angriffen auf Konvois und in dichtbesiedelten Gebieten. Die Nato wird aufgefordert, die Verstösse durch eine unabhängige und unparteiische Kommission prüfen zu lassen. NZZ. 23. 2. 00, S. 7.

## Sprachen und EU

Schon heute wird geschätzt, dass jeder vierte Beamte unmittelbar oder mittelbar, im EU-Parlament sogar jeder zweite, damit beschäftigt ist, Texte in andere Sprachen zu übertragen. In Brüssel finden jährlich 10'000 Sitzungen mit externen Beamten aus den Mitgliederhauptstädten und Sachverständigen statt, für die in den elf Konferenzsprachen gedolmetscht werden muss. Die Sitzungen des Parlamentes mit seinen Ausschüssen sind hier nicht mitgezählt. Die EU-Behörden beschäftigen 4000 Linguisten. In der Kommission arbeiten knapp 6000 Dolmetscher und 2000 Übersetzer. Mit jeder neuen Sprache müssen ungefähr 3000 neue Kräfte eingestellt werden. Das gesamte primäre und sekundäre Recht, also die Verträge und 80'000 Seiten Folgerecht, wird in den elf Amtssprachen, die Gründungsverträge in zwölf Sprachen veröffentlicht. Täglich kommt Neues hinzu.

Der EU-Gerichtshof ist zur Zeit mit 130'000 Seiten Übersetzungen im Rückstand. Das Problem wird sich mit der Osterweiterung verschärfen. Eine Sitzung in neun Sprachen benötigt heute 27 Dolmetscher und kostet 25000 Euro. Für 13 Sprachen werden 42 Dolmetscher benötigt und 38 000 Euro, für 16 Sprachen 54 Dolmetscher und 60 000 Euro. Ein Drittel des Verwaltungshaushaltes verbrauchen die EU-Organe für die Mehrsprachigkeit. Das sind zur Zeit ungefähr 1.3 Milliarden Euro, die jährlich für Übersetzungen ausgegeben werden. Bei 20 Sprachen mit 380 Sprachkombinationen muss sich die EU auch architektonisch etwas einfallen lassen. Sitzungssäle mit 20 Dolmetscherkabinen, von denen jede für sieben

Dolmetscher eine sechs Meter breite Fensterfront haben muss, also Sitzungssäle für 20 Regierungschefs mit einer Glasfront von 120 Meter wird kaum die Lösung sein. EU-magazin, 12/1999, S. 18.

## Eintopf für Journalisten

Der neue EU-Kommissions-Präsident versucht, Zielstrebigkeit und Kompetenz zu vermitteln – auch im Umgang mit Journalisten. Die unter diesen Vorzeichen eingeführten "Verbesserungen" sind von vielen Journalisten als eine Beschränkung des Zugangs zu den Informationsquellen empfunden worden. Auf Kritik stiess vor allem die Absicht, stärker zwischen offiziellen Mitteilungen und nicht zitierfähigen Hintergrund-Informationen zu unterscheiden. EU-magazin 12/99, S. 25.

## Spanische Schikanen gegenüber Gibraltar

An der Tagung der sogenannten Känguruh-Gruppe des EU-Parlamentes (Ziel dieser Gruppe ist die "Überwindung der Grenzen im Binnenmarkt"), war der erste Minister Gibraltars, Peter Caruana, angereist, um mit den Abgeordneten seine Probleme im Grenzverkehr mit Spanien zu erörtern. Die Spanier sehen Gibraltar als ein ihnen seit 300 Jahren von den Briten vorenthaltenes Gebiet an und führen an der Grenze zu Gibraltar penible Kontrollen durch, die zu langen Autoschlangen führen. Caruana erhoffte sich von den Känguruh-Mitgliedern Rat und Tat. Doch die spanische Abgeordnete Ana de Palacio hielt Caruanas Unterfangen gar nicht für angebracht. Sie drohte, die Tagung zu verlassen, wenn die Känguruh-Gruppe das Gibraltar-Thema vertiefe. Ana de Palacio ist Schwester der Vizepräsidentin der EU-Kommission, Loyola de Palacio, und Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt des EU-Parlamentes. EU-magazin, 12/99, S. 54.

## Parteienstaat oder direkte Demokratie

Durch die Parteispenden-Affaire wurde den Bestrebungen für mehr direkte Demokratie in Deutschland frische Kraft zugeführt. *Die Zeit* brachte am 24. 2. 2000 auf der ersten Seite gross die Feststellung "Wir sind das Volk" und meint: "Gegen den Parteienstaat helfen nur noch Volksentscheide". Direkte Demokratie würde es ermöglichen, parteipolitische Blockaden in der Entscheidungsfindung aufzubrechen. *Die Zeit*. Nr. 9, 24. 2. 00.

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos finden Sie auf unserer Homepage.

**NZZ:** Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

**EU-Rundschreiben:** EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, D-53177 Bonn.

**EUropa-Info:** EU-Umweltbüro, Alserstrasse 21, A-1080 Wien

**EU-Magazin:** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.



## Leserbriefe ans Europa-Magazin

### Kleinräumige Selbstbestimmung ist weder ökologisch noch sozial

zu Viktor Rüegg "Bewegung Neutrale Schweiz: Startschuss für eine neue Partei?" Nr. 4/99

Viktor Rüegg beschreibt sein Bedürfnis nach einer neuen Partei "z.B. namens 'Radikaldemokraten'". Für ihn ist die Gefahr offensichtlich, dass in der Schweiz Tausende politisch heimatlos und inaktiv werden, angesichts der WTO, der Globalisierung und des fehlenden Widerstandes.

Demgegenüber entgegne ich Viktor, dass 50% der Bevölkerung sich schon lange um Politik futiert. Es fehlt nicht an Parteien, sondern es hat zuviel egoistisches Getue vieler PolitikerInnen, was wiederum die Menschen verwirrt. Es fehlt doch an politisch Interessierten, die Diskussionen nicht scheuen und Niederlagen auch aushalten können. Gerade hierin muss sich die Bewegung von Viktor selber an der Nase nehmen. Unser Politsystem krankt und daran freuen sich die vernetzten (globalisierten) Multis, dass der Widerstand schwach, gespalten und zerstritten ist. Politik ja, aber nur meine eigene Partei, nur mein Anliegen, ist der Untergang der politischen Kultur und Solidarität. Dies hätte eigentlich nur noch mit Ego-kultur zu tun.

Der Widerstand der Grünen gegen die WTO/Globalisierung sei entenlahm. Diesen Vorwurf Viktors weise ich energisch zurück. Abgesehen davon, dass wir uns jetzt für die Verkehrshalbierungsinitiative einsetzen – brechen der Globalisierung an Ort – sind und waren die Grünen aktiv im Widerstand. Schon vor zwei Jahren organisierte ich mit anderen Anti-WTO Veranstaltungen in Luzern. Cécile Bühlmann reichte damals schon Vorstösse in Bern ein und machte die geheimen MAI-Pläne dadurch öffentlich zum Thema. Fernand Cuche, der neue grüne Nationalrat ist bekannt als Demonstrant gegen die WTO. Ich frage jetzt nicht, was die BNS bisher dagegen gemacht hat – jedenfalls aufgefallen ist die BNS diesbezüglich nicht – aber es wäre ehrlicher für Viktor in sich zu gehen als die Aktiven als "entenlahm" zu bezeichnen.

Viktor kämpft vehement für die Selbstbestimmung. Dies ist ein ehrbarer Wert, wenn damit keine sozial-integrierte Menschenrechte missachtet werden. Angesichts der Einbürgerungsabstimmungen in Emmen ist die kleinräumige Selbstbestimmung (Urnenein-/ausbürgerungen) weder ökologisch noch sozial, sondern schlicht brutal und antihuman. Wie Emmen "selbstbestimmend" die AusländerInnen an der Urne

ablehnt und die Familien den Hetzern aussetzt, ist eine demokratische Schande und zeigt die Grenzen des Lobliedes der Selbstbestimmung Viktors auf. In Emmen stehen die Grünen nicht wie von ihm vorgeworfen für Machtstrukturen, sondern für die Ausgegrenzten ein. Dies ist übrigens anstrengender als konservativ die Selbstbestimmung als Primärwert zu mystifizieren.  
Philipp Federer, Luzern

*Anmerkung der Redaktion:* Direkte Demokratie hat immer im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu erfolgen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Recht dazu, die Regeln festzulegen, mit denen sie leben müssen. Die Anwendung der Regeln muss aber unparteiisch für alle Personen gleich erfolgen. Die Abstimmungen von Emmen verletzen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Dass Rechtsstaatlichkeit in Grossstrukturen leichter zu verteidigen sei als in dezentralen Strukturen, ist eine Behauptung, die zu beweisen wäre.

### Der Abstimmungskampf ist eröffnet

Herr Ogi, in Ihrer Rede (Bund vom 17. Februar 2000) lesen wir, dass die Abstimmung über die Bilateralen Verträge allein ohne andere Themen stattfinden soll. "Denn der Volkswille soll ... unbeeinflusst ... zum Ausdruck kommen". Das ist sehr loblich! Aber – ab sofort werde der Bundesrat "aktiv an der öffentlichen Diskussion teilnehmen" und zusammen mit Parteien, Kantonen und Wirtschaftsverbänden die "Bedeutung der Abkommen als massgeschneiderte Verträge für die Schweiz unterstreichen". Am Schluss sagen Sie beschwörend: "Wir müssen diese Abstimmung gewinnen!". "Der Volkswille soll unbeeinflusst zum Ausdruck kommen", sage Sie am Anfang. Ihr Vorgehen ist aber nicht nur Beeinflussung, sondern regelrechte Beeinträchtigung (Ein Fluss wäre zu klein, um einen solchen Schwall aufzunehmen). In der neuen Bundesverfassung heisst es: Art. 16, 2: "Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden". Es wäre vielleicht gut, wenn sie diesen Passus wieder einmal lesen würden.

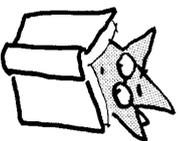
Es geht nicht an, dass der Bundesrat beabsichtigt, einen so massiven Druck auf das Volk auszuüben. Er möge bedenken, dass seine Mitglieder – wenn auch nicht vom Volk – so doch von der Bundesversammlung gewählt werden und, und nicht umgekehrt. Somit sind die Bundesräte Angestellte des Volkes – das Volk ist der Souverän. Dies wird von den Magistraten heute oft vergessen oder missachtet. Lotte Kägi, Bern.

Das Europa-Magazin sucht Lektorinnen und Lektoren, die einen E-Mail-Anschluss haben. Wenn Sie Zeit haben und Sie sich schon einmal über Tipp- und Deutschfehler im EM geärgert haben ....

Die Reichweite des Europa-Magazins würde verstärkt, wenn wir alle oder manche Texte ins Französische, Italienische, Englische, etc. übersetzen könnten. Schon ein zusätzlicher Artikel pro Jahr wäre nützlich. Haben Sie freie Übersetzungskapazitäten?

**Forum pour la démocratie directe**  
social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

# EUROPA-MAGAZIN



für dezentrale politische Strukturen in Europa  
**FÜR DIREKTE DEMOKRATIE**  
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik  
gegen die Schaffung einer WESTeuropäischen Grossmacht  
*für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen*

**FÜR UMWELTSCHUTZ**  
FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG  
gegen die 2/3-Gesellschaft  
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE  
**FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION**

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitizieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (4 x jährlich 30.– Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.– (30.– für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

**Einsenden an:** Forum für direkte Demokratie, Postfach, 8048 Zürich (Telefon (0041) 031-7312914; Fax: 031 7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

## Redaktionsadresse:

EUROPA-  
MAGAZIN

Postfach  
8048 Zürich  
Tel. 031 - 731 29 14  
Fax: 031 - 731 29 13



## Impressum

### Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie  
EU-kritisch, ökologisch, sozial

### Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

### Lektorat:

Annette Jungen, Maro Schnyder, Christian Thomas, Gérard Devanthery

*Logos und Buchsterne:* Josef Loretan

*Entwicklung und Konzeption der Website:*

Chris Zumburn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

### Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,  
8048 Zürich, Tel. 031 - 731 29 14  
Fax: 031 - 731 29 13  
<http://www.crossnet.ch/europa-magazin/>

E-Mail: [europa-magazin@crossnet.ch](mailto:europa-magazin@crossnet.ch)

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brüg-Glis

Auflage: 3 000

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Jahrgang 8, Nr. 28, März 2000

Abonnement: Fr. 30.-, DM 40.-

Redaktionschluss: 15. Mai 2000

<http://www.crossnet.ch/europa-magazin/>



Zürich 8408-HC

Journal DD

Zürich 8408 BZV